

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Nr. 25.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprechnummer 4423.

Düsseldorf, 24. Juni 1911.

Redakteur: A. Heumann, Düsseldorf, Corneliustr. 66. Expedition u. Druck von Joh. van Veen, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

13. Jahrg.

Abgeordneter Kollege Becker über die Reichsversicherungsordnung.

Die Rede des Kollegen Stegerwald in der Riesenversammlung am 11. Juni in Essen haben wir in der vorigen Nummer gebracht. Wir lassen nunmehr einen Auszug aus der Rede des Abgeordneten Kollegen Becker folgen. Die Rede ganz wiederzugeben, ist wegen ihrer Länge nicht möglich. Wir ziehen nur einige Punkte heraus, die uns mit Rücksicht auf die sozialdemokratische Hege besonders wichtig erscheinen.

Nachdem sich Kollege Becker in einigen Zügen über die technisch-parlamentarischen Schwierigkeiten, die einem solchen Reichsgesetzeswerke entgegenstehen, ergangen hatte, warf er die Frage auf, warum man denn keine Mehrheit

mit der Linken, mit der Sozialdemokratie

zu bilden versucht habe. „Ich gebe zu, daß eine Mehrheit sich auf diesem Wege gefunden hätte, hätte finden können, ob aber andererseits auch bei einer solchen Mehrheit das Gesetz zur Verabschiedung gekommen wäre, ist sehr zweifelhaft, weil die verbündeten Regierungen keinem Gesetz zugestimmt haben würden, dessen Mehrheitszusammensetzung das deutsche Bürgertum, das doch die staatsbehaltenden Gesetze machen muß, politisch brüskieren würde. Denn auf die große Kraft des deutschen Bürgertums muß das ganze deutsche Reichswesen sich stützen; es kann sich nicht verlassen auf die destruktiven Elemente im deutschen Volksleben. Aber, meine verehrten Herren, es gab auch noch andere Gründe, die ein Kompromiß mit den Sozialdemokraten einfach unmöglich machten. Die Herrschaften forderten in der Kommission nicht mehr und nicht weniger, als daß in Zukunft die Reichsversicherungsordnung nicht eine Milliarde kosten sollte — soviel kostet das Gesetz, wenn es nächstes Jahr in Kraft tritt, alljährlich — sondern 3 Milliarden alljährlich kosten sollte. Wären nun die sozialdemokratischen Anträge in der Kommission angenommen worden, dann, meine Herren, wären zu der Reichsversicherungsordnung, wie sie uns jetzt vorliegt, noch 2 Milliarden Mark pro Jahr hinzugekommen. Sie werden mir zugeben, wenn es auch sehr angenehm gewesen wäre, wenn die Invalidenrenten sich vervielfältigt, die Kranken- und Unfallversicherung sich erhöht und die Hinterbliebenen-, Witwen- und Waisen-Rente sich erhöht oder vervielfältigt hätte, es doch einfach ein Unmögliches gewesen wäre, im Reichstage eine Mehrheit für die gewaltige Mehrforderung zu bekommen, daß es ein Unmögliches gewesen wäre, die Zustimmung der verbündeten Regierungen zu erhalten. Denn vergessen Sie doch bitte auch nicht, daß es in den Kreisen der Arbeitgeber eine Masse kleiner Leute gibt, die sozial nicht besser gestellt sind, als viele deutsche Lohnarbeiter; Sie brauchen nur an die kleinen Handwerksmeister mit 2 bis 3 Gefellen zu denken, die sich mühsam durchs Leben schlagen müssen. Meine Herren, wenn die sozialdemokratischen Anträge angenommen worden wären, dann hätten

die Beiträge sich wenigstens verdreifacht,

wenn nicht noch viel mehr erhöht, und die Arbeitgeber hätten in Zukunft das Dreifache an Beiträgen aufzubringen. Die Sozialdemokraten erklärten uns in der Kommissionsberatung fortwährend: Was wir gefordert haben, das sind Mindestforderungen, wir sind in unseren Forderungen sehr bescheiden gewesen, die müssen angenommen werden, wenn eine mit halbwegs gute Versicherung geschaffen werden soll! Es war also absolut nicht daran zu denken, daß die Herren Sozialdemokraten von ihren Forderungen abließen und so einen Kompromiß mit den fortschrittlichen Abgeordneten aller Parteien des Reichstages ermöglichten. Es war somit ein Ding

der Unmöglichkeit, mit den Sozialdemokraten einen Kompromiß zu schließen. Es wäre weiter keine Versicherungsordnung zustande gekommen, ohne die Maßnahmen zu treffen, die den Mißbrauch der Krankenkassen für die Zwecke der Sozialdemokratie unmöglich machten. Die Regierung hätte nicht noch 7 Millionen Personen in die Krankenversicherung einbezogen, wenn nicht Maßnahmen getroffen worden wären, die den Sozialdemokraten die Möglichkeit nehmen, diese 7 Millionen neu den Krankenkassen einbezogenen Personen im Klassenkampfe zu erziehen, den Klassenhaß in ihnen zu fördern und mit diesen sozial-politischen Einrichtungen, die dem Staate in seiner jetzigen Gestalt dienen sollen, mit diesen Einrichtungen den heutigen Staat zu untergraben. Weil die Sozialdemokraten die sozialen Gesetze benutzt haben, um den Klassenkampf zu schüren, ist es begreiflich, daß die Regierung Maßnahmen verlangt, die darauf hinauslaufen, zu verhindern, daß die sozialen Gesetze zur Schürung des Klassenkampfes benutzt werden. Die Sozialdemokraten weigerten sich, Maßnahmen zur Neutralisierung der Krankenkassen mit zu treffen. Aus dem Grunde war es nicht möglich, mit den Sozialdemokraten ein Kompromiß abzuschließen. Weiter vergessen Sie bitte nicht: Hätten die sozialdemokratischen Abgeordneten mit verschiedenen anderen sozial-fortschrittlichen bürgerlichen Abgeordneten Bestimmungen in das Gesetz hineingetragen, die die Regierung als unannehmbar erklärte, dann, meine Herren, wäre

das ganze Gesetz zu Fall gekommen.

Es war auch fraglich, ob nicht trotz und allem die Sozialdemokraten gegen das Gesetz gestimmt hätten. Auch hätten jene Kreise des Bürgertums, die nicht sozial-fortschrittlich sind, bei der Schlußabstimmung gegen das Gesetz gestimmt, weil gegen ihren Willen durch Kompromisse mit der Sozialdemokratie Bestimmungen in das Gesetz hineingekommen wären, die sie glaubten nicht annehmen zu können. So war eine Schlussmehrheit, die für das Gesetz notwendig ist, sehr in Frage gestellt. Sie sehen, verehrte Herren, daß die Reichsversicherungsordnung nur unter den Verhältnissen zustande kommen konnte, unter denen sie jetzt zustande kam. Ich bin überzeugt davon, daß die Arbeiterschaft, der nicht tagtäglich der Haß gegen alles das, was nicht sozialdemokratisch ist, eingetrichtert ist, die diesen Einwirkungen nicht erlegen ist und der Sozialdemokratie nicht nachfolgt, daß die einsehen wird, daß nur unter den Verhältnissen, wie es geschehen ist, die Reichsversicherungsordnung zustande kommen konnte.“

Dann behandelte Redner einige Teile der Versicherungsordnung und zwar zunächst die Frage der

Zentralisation der Krankenkassen.

„Die Sozialdemokraten beantragten nur eine einzige Kreiskrankenkasse für den Bezirk eines Versicherungsamtes. Das ist in Preußen ein Landratskreis bzw. eine Stadt von 40 000 Einwohnern und mehr. Sie wollten also für den Bezirk eines Versicherungsamtes eine Krankenkasse, die übrigen Krankenkassenarten sollten aber nicht weiter bestehen bleiben. Darauf gingen die Regierungen unter keinen Umständen ein, ja sie erklärten, sie würden niemals zubilligen, daß eine Versicherungsordnung zustande käme, die die Betriebskrankenkassen vollständig beseitige und die keine Landkrankenkassen zulasse. Es war auch ein Konsens, diesen sozialdemokratischen Antrag voll durchzuführen. Es wäre ein Unsinn gewesen, für jeden Landkreis eine einzige Krankenkasse zu schaffen. Wenn Sie sich vorstellen, daß z. B. unser Nachbarland Westfalen, meine Heimat, die Gegend im Sauerland, daß da die Kreise eingeteilt sind in Amtmannsbezirke, diese wiederum eingeteilt sind in große Gemeindebezirke, die Gemeindebezirke wieder in Ortsbezirke. In die-

sen Kreisen vollzieht sich das wirtschaftliche Leben hauptsächlich innerhalb des Amtsbezirks, der 10 000 bis 15 000 Seelen hat. Für diesen Amtsbezirk gibt es jetzt eine einheitliche Krankenkasse. Würde diese Amtskrankenkasse aufgehoben und sie aufgehen in eine einzige große Krankenkasse für den ganzen Bezirk des Versicherungsamtes, dann müßten die Versicherten fünf Stunden bis zur Kreisstadt pilgern, um zum Sitze der Kasse zu kommen. Das ist ein Unsinn. Vernünftige Männer tragen den gegebenen wirtschaftsgeographischen Verhältnissen Rechnung, und so sagten wir, nicht für, sondern innerhalb des Bezirks werde eine Kasse gegründet, um der Regierung anzudeuten, wir wollen keine schematische Zentralisierung, wir wollen bei Ungrenzung der Bezirke, daß den örtlichen Verhältnissen genügend Rechnung getragen wird. Die Sozialdemokratie sagt, man hätte dann Zahlstellen errichten können. Demgegenüber sage ich, dann kann man auch besondere Kassen bilden und diese können sich vereinigen zu einem Kassenverband, um gemeinsam viele Aufgaben des Krankenversicherungsgesetzes zu lösen, Erholungsheime zu gründen, Verträge mit den Ärzten abzuschließen usw. Aber es wäre in den besonderen Kassen eher möglich, den örtlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen, wie in der großen Kasse über den Bezirk eines ganzen Kreises.

Bezüglich der

Betriebskrankenkassen

hatten wir auf unserem Gewerkschaftskongress gesagt, daß die Vorschläge der Regierungsvorlage nicht weit genug gingen, daß bei Schaffung neuer Betriebskrankenkassen den Versicherten das Recht gegeben werden sollte, ihre Zustimmung zur Schaffung oder Erhaltung der Kasse zu geben. Denn die Versicherten zahlen zwei Drittel der Beiträge. Man solle sie nicht bevormunden. Bis jetzt kann ein Arbeitgeber eine solche Kasse gründen, ob die Arbeiter wollen oder nicht. Ich habe in der Kommission gesagt, man solle jede Zahl fallen lassen und die Möglichkeit einer Verständigung geben. Es würde dann manche große Betriebskassen fallen, die nach den jetzigen schematischen Bestimmungen besteht, in der aber die Rechte der Mitglieder nicht gewährleistet sind, und manche kleine gute Betriebskassen würde bestehen bleiben können. Die Sozialdemokraten stimmten in der Kommission dieser Idee, daß die Arbeiter das Zustimmungsrecht haben sollten zu, und der Antrag wurde mit ihrer Hilfe angenommen. Aber, meine Herren, bei der Endabstimmung stimmten die Sozialdemokraten gegen den Paragraphen, weil sie prinzipielle Gegner aller Betriebskrankenkassen seien und weil sie für einen Bezirk nur eine Kasse haben wollten. Die Unzweckmäßigkeit dieser Auffassung habe ich bereits nachgewiesen. Auf der anderen Seite des Reichstages, die Nationalliberalen, Konservativen und die Reichspartei, stimmten gegen den Paragraphen, weil sie das Zustimmungsrecht der Versicherten nicht haben wollten. Sie sagten sich, die Sozialdemokraten würden eine müßige Hege in den Kassen veranstalten, das Zustimmungsrecht würde man ausnutzen zur Schürung des Klassenkampfes. Das war der politische Grund auf der anderen Seite des Hauses, den man verstehen muß, wenn ich ihn auch nicht für richtig halte. Der Paragraph 257 fiel und das war die erste große Krise in der Reichsversicherungsordnung. Die Regierung stand auf und erklärte, wenn die Betriebskassen eliminiert würden, falle das ganze Gesetz und weil

die Sozialdemokraten wieder versagten,

weil sie prinzipielle Politik trieben in einer eminent praktischen Frage — hier kommt doch die Weltanschauung nicht in Frage —, konnte man nicht auf sie rechnen und so fiel das Zustimmungsrecht in den Betriebskrankenkassen. In der zweiten Lesung

mußte, um das Gesetz nicht zu Falle zu bringen, ein Ausweg gefunden werden."

Zur inneren Organisation der Krankenkassen übergehend, behandelte Redner hauptsächlich die, infolge der sozialdemokratischen Mißbräuche notwendig gewordene Neuregelung der Beamtenanstellung und der Wahl der Vorsitzenden. Wir übergehen diesen Teil, weil er in unserem Blatte ausführlich behandelt worden ist. Kurz behandelt Kollege Becker auch noch die Frage der

Landkrankenkassen.

Die Regierungsvorlage wollte den Versicherten keinen aus eigener Wahl hervorgehenden Vorstand geben. Der Kreistag sollte die Vorstandswahl vornehmen. Wir hatten in der ersten Lesung beschlossen, daß die Versicherten dieselben Rechte haben sollten, wie in den Ortskrankenkassen. Die Regierung aber erklärte diesen Antrag für unannehmbar und wir mußten, um schließlich den Landarbeitern wenigstens die Leistungen der Versicherung zu sichern, um später den anderen Teil, die Rechte, nachzuholen, dem Gesetze zustimmen. Die Sozialdemokratie freidet uns das als ein Verbrechen an. Wir hätten daran die Reichsversicherungsordnung scheitern lassen sollen. Was wäre dann geworden? Auf Grund des bestehenden Krankenkassengesetzes können die Einzelstaaten, und die süddeutschen haben es schon getan, die Landarbeiter usw. der Krankenversicherung unterstellen. Die Konservativen, Nationalliberalen und die Reichspartei wollten den Arbeitern der Landkrankenkassen unter keinen Umständen das Wahlrecht einräumen, sie würden dann in den Einzelstaaten die Form der Gemeindefrankenkassenversicherung gewählt haben. Es gibt ca. 8000 Gemeindefrankenkassenversicherungen, deren Vorsteher der Bürgermeister, der Ortsvorsteher, der Ortschulze ist, und dieser übt alle Rechte der Versicherten aus. Das Wichtigste ist, daß die zahlreichen Landarbeiter in das obligatorische Recht der Krankenversicherung getreten sind. Das ist ein großer Fortschritt. Aber unser Bestreben soll es sein, für die Versicherten der Landkrankenkassen die Rechte zu erstreben, wie sie gegenwärtig die Mitglieder der anderen Krankenkassen haben.

Kollege Becker schloß seinen Vortrag mit folgendem berechtigten Vorwurf an die Sozialdemokratie:

Warum lehnen die Sozialdemokraten das Gesetz ab?

Es bringt ihnen doch etwas, wenn es auch nicht alles bringt. Wenn mir jemand 3 Mark geben will und ich will 10 Mark haben, so sage ich doch nicht: „Weil du mir nicht 10 Mark gibst, will ich auch die 3 Mark nicht haben.“ Aber drei Mark ist doch wenigstens etwas. Das Gesetz bringt uns Vorteile, materielle Vorteile. Deshalb mußten wir es annehmen. Weshalb lehnten die Sozialdemokraten es ab? Sie lehnten es ab, weil sie nicht mehr in bisheriger Weise ihre Parteianhänger in den Krankenkassen unterbringen können. (Sehr richtig!) Das ist der Sozialdemokratie wichtiger als die Einbeziehung der sieben Millionen ländlicher Arbeiter und Diensthboten in die Krankenversicherung, das ist ihr wichtiger als die Witwen- und Waisenerziehung, und das ist ihr wichtiger als die Heraushebung des Krankengeldes. Die Sozialdemokraten haben durch die Ablehnung des Gesetzes eine große Schuld auf sich geladen, und sie haben abermals gezeigt, daß auf sie bei sozialpolitischen Gesetzesvorlagen kein Verlaß ist, daß mit ihrer Vertreterzahl nicht kalkuliert werden kann bei Mehrheitsbildungen. Die Sozialdemokraten haben wieder einmal gezeigt, daß sie es sind, die die große Masse von Arbeitern, die hinter ihr herlaufen, aus der Gesetzgebung selbst ausschalten. Die Sozialdemokratie ist es, die die Arbeiterkassen in ihrem Kampfe um das Aufsteigen auf wirtschaftlicher Bahn schwächt. So spielt die Sozialdemokratie mit den Interessen von Millionen von Arbeitern, die sich haben einbringen lassen. Durch die unheimliche Politik der Negation haben die Sozialdemokraten andere Parteien gezwungen, Kompromisse abzuschließen. Sie sind es, meine Herren, die uns in Zwangslagen bringen, die uns Arbeiterführer zu Kompromissen zwingen, die wir unter gewöhnlichen Umständen vielleicht nicht machen würden, wenigstens nicht in dem Maße. Wir haben uns bemüht, eine Sprosse nach der anderen in die Leiter zu setzen, auf der

die deutsche Arbeiterkassen aufsteigen kann.

Die Sozialdemokraten wollen uns hindern, diese Sprossen einzusetzen, weil es uns nicht gelingen wollte, auf einmal zehn Sprossen hineinzusetzen. Meine Herren! Ich bin überzeugt, daß das Wortum der Massen, der noch nicht durch die Sozialdemokratie verhetzten Massen der deutschen Arbeiterkassen sich nicht für die Sozialdemokratie, sondern für uns aussprechen wird. Der christlichen Arbeiterkassen erwächst aus unserer Haltung im Reichstage kein Nachteil, sondern

neuer Mut und neue Begeisterung

wird sie durchströmen, neuer Mut und neue Begeisterung wird den christlichen Arbeiter erfüllen, weiter zu kämpfen, damit seine wirtschaftliche Lage eine immer bessere wird, in seinem Interesse und im Interesse der ganzen Gesellschaft. (Lebhafte, langanhaltende, stürmischer Beifall.)

Frauenarbeit und Frauenorganisation.

Von Grete Filling.

Es hat einmal eine Zeit gegeben, da die Frau nichts anderes war denn die Mutter ihrer Kinder, das Weib ihres Mannes, das in Haus und Hof seines Amtes waltete. Es hat auch einmal eine Zeit gegeben, von der auch so manche alten Weiblein noch zu erzählen wissen, da jedes Mädchen zu nichts anderem denn zur Hausfrau erzogen wurde, da sie spinnen und weben konnte und im übrigen unbesorgt jedem neuen Tag entgegenlebte, dem Leben in der Welt da draußen fremd gegenüber stehend.

Damals schloß noch die Industrie ihren Dornröschenschlaf. Maschinen und technische Hilfsmittel, wie man sie heute hat und in Jahrzehnten noch weiter ausgebaut haben wird, steckten noch in den Kinderschuhen, und mithin fehlte die Triebkraft für ein großzügiges industrielles Leben. Das hat sich erst allmählich aus sich selbst heraus entwickelt, eines nach dem anderen, und durch diese Entwicklung hat das gesamte Volkswesen ein anderes Gesicht bekommen. Eine große Fabrik nach der anderen entstand, immer mehr erweiterte sich der Kreis derjenigen, die in den Mauern derselben ihren Lebensunterhalt verdienten. Und je mehr Arbeiter es gab, desto mehr waren auch gezwungen, ihre Leistungsfähigkeit dem Kapitalismus zu unterwerfen, desto mehr waren der Willkür desselben preisgegeben, bis sich schließlich Organisationen bildeten, bis sich viele zu einem Körper zusammenschlossen. Auf diese Weise gelang es der arbeitenden Klasse, als einstimmiges Ganzes ihre Wünsche geltend zu machen, Forderungen zu stellen und zu ihrem Gunsten Einfluß zu erzielen.

Hatte das gesamte wirtschaftliche Leben durch die Blüte der Industrie ein anderes Wesen bekommen, so wurden auch die Frauen von dem Umschwung, der sich allmählich vollzog, betroffen. Ihre Lebensbedingungen wurden andere, ihr Dasein spielte sich nicht mehr lediglich zwischen ihren vier Wänden ab, sie wurden in das Leben hinausgerückt, um mitzumachen im Daseinskampf und für ihre Existenz zu sorgen. Und warum? Weil die Fabriken immer mehr Arbeitskräfte verschlangen, weil die Lebensbedingungen dadurch, daß die Maschinenarbeit auf der einen Seite wohl einen Verdienst sicherte, ihn aber auch auf der anderen Seite wieder nahm, derartige wurden, daß die Frauen nicht lediglich darauf warten konnten bis einer kam, sie heimzuführen, sondern schon vorzeitig für sich selbst sorgen mußten.

Bald wurden Frauen und Mädchen hinter die Fabrikmauern verschlagen, hinter die Maschinen gezogen, deren gleichmäßig eiserner Kraft sie dienen mußten, tagaus, tagein, während die Arbeitgeber aus Maschinen- und Menschenkräften Kapital zu schlagen wußten.

War der Mann von Anfang an zum kraftvollen Schaffen geboren, so hatte die Frau mit ihrer zarteren Konstitution bald unter der ungewohnten Arbeit zu leiden. Wollte sie es zu guten Löhnen bringen, dann war sie oftmals gezwungen, über ihre Kräfte zu arbeiten, und so kam es, daß junge Mädchen in den Entwicklungsjahren verkümmerten, daß sich junge Mütter nicht genügend um ihre Kinder kümmern konnten oder gar das keimende Leben zu schützen vermochten. kamen die Frauen abends heim, mußten sie ihren Hausrat in Stand setzen, ihre Kleidung nähen u., und wurden sie dann vor Schwäche und Ueberarbeitung krank, dann mußten sie ihre sauer verdienten Groschen wieder zum Arzte tragen. Schutz- und rechtlos, wie die Frauen waren, fanden sie nicht den Weg, ihre Lage zu bessern, und so standen sie allen Schicksalschlägen ohnmächtig und machtlos gegenüber. Während der Krankheit wurden dann ihre Arbeitsstellen oftmals von anderen besetzt oder der Arbeitgeber bewertete ihre Leistungen aus dem Bewußtsein heraus, daß sie froh waren, überhaupt etwas zu verdienen, noch erbarmlicher. Dadurch nun, daß die Frau um jeden Preis die Arbeit annahm, sich also unterbot, machte sie sich zur Konkurrentin des Mannes. Die Folgeerscheinung war, daß so und so viel Männer nun auch für geringeren Lohn arbeiteten, der dann aber so gering war, daß sie davon kaum sich viel weniger noch eine Familie hätten ernähren können. Daher kam es — und kommt es auch heute noch, daß viele Männer nicht heiraten konnten und viele Mädchen keinen Mann bekommen, weil sie selbst es waren, die sich keiner Existenz aus Unkenntnis in den Weg stellten, ohne zu bedenken, daß sie selber sich damit den größten Schaden antun. Das ist ja natürlich das Feind aller Bestrebungen, daß die Arbeiter so gestellt seien, daß nicht mehr auf die Arbeitskraft der Frauen spekuliert werden braucht. Das ist aber eine Zukunftsaufgabe, die sich vielleicht einmal erfüllen wird, wie alles und vieles andere auch, was durch die Energie der Organisation erreicht worden ist, doch es wird noch sehr, sehr lange währen bis dahin.

Die Frauen nun, die in psychischer wie physischer Beziehung äußeren Einflüssen überdies leichter unterworfen sind als der Mann, wurden immer mutloser und müder. Wie war ihnen aber zu helfen? Die untätige Resigniertheit der Frau, ihre Eigenart, die ihrer eigenen Individualität entsprechend behandelt sein wollte, widerstand der Organisation noch immer, als die Männer längst schon, aus der Erkenntnis heraus, daß erst durch einheitlichen Zusammenschluß der Arbeiter eine Stellung einnehme, sich zusammengetan hatten. Die Männer hatten schon so mancherlei erreicht und so mancher Ausblick sicherte sich ihnen, die Frauen aber wankten und schwankten wie das Rohr im Winde, standen verständnislos dem Organisationsgedanken der Männer gegenüber, ohne auch nur willens zu sein, sich dieses und Jenes zur Verbesserung ihrer Lage anzueignen. Der Mann ließ nun anfangs die Frau nichts wissen von dem Segen und dem inneren Aufbau der Organisation, aus dem Gefühl heraus, bei dem Unvermögen der Frau, sich mit ihm in einer solchen Sache zu verständigen, doch kein Entgegenkommen zu finden.

Nun, heute haben wir davon eine andere Meinung. Nicht nur auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung, auf allen Gebieten schon hat die Frau seit Jahren bewiesen, daß sie auch großzügige Veranlagung in sich trägt, daß sie durch diese auch Interesse für Fragen haben kann, die der gesamten Frauenwelt nützen, daß sie Energie genug besitzt, neben dem Manne an der Aufbesserung ihrer Lage mitzuarbeiten. Die Frauen haben gelernt, daß ein einzelner Baum leicht allen Wettern preisgegeben ist, daß aber ein Wald, dessen Bäume in gutem Boden fest Wurzel geschlagen haben, dessen Wurzel ineinander greifen und sich schützen und stützen, seiner selbst sicher sein kann und vor allem gesiebt ist. Ist es mit der Organisation viel anders als mit dem Wald?

Mag es nun sein, daß geweckte Frauen doch aufmerk- sam geworden sind auf das, was die Männer durch die Organisation erreicht haben, mag es sein, daß die Frauenbewegung an sich, die ja die Frau nicht mehr zum Kind, sondern zum Kameraden ihres Mannes stempelt, Bahnbrecherin gewesen ist: auf jeden Fall ist es gelungen, die Frauen zur Gemeinsamkeit zu belehren, und daß dieses Verständnis dafür von Jahr zu Jahr sich erheblich steigert, das beweist schon allein die stetig wachsende Mitgliederzahl im christlichen Textilarbeiterverband.

Was waren das für Frauen, die sich zuerst organisieren ließen? — Es waren wohl in erster Linie zielbewußte Naturen, die sich und ihre Arbeitskraft richtig einzuschätzen wußten, die da erkannten, daß die letztere ein Pfund ist, mit dem kein anderer Wucher treiben sollte, ohne daß ihnen dieses, ihr Kapital, entsprechend verzinst wurde. Dann waren es wohl aber solche, die des Lebens Schattenseiten kennen gelernt hatten und nun ein Nichtslein aufblitzen sahen, das ihnen ein besseres Ziel verhieß. Es mögen aber auch schon damals einige darunter gewesen sein, die das richtige Gefühl in sich trugen, daß sie durch den Anschluß an die Organisation nicht nur sich, sondern auch ihren Kindern von Nutzen seien und dadurch wiederum einer kommenden Generation Segen im Auge hatten.

Es mögen aber auch welche unter ihnen gewesen sein, die sich lediglich aus Eigenneuz, um der verschiedensten Vorteile willen, zur Organisation bekannten. Wollen wir verschweigen, daß es auch heute noch oft, sehr oft nicht anders ist? Daß es heute nicht auch Elemente gibt, die aus diesen und ähnlichen Gründen in der Organisation ihre Zuflucht suchen? — Freilich, diese tun nur Schleppe- dienste, sie sind keine der Bausteine, die das Fundament eines Verbandes bedeuten können — und doch wollen wir es denjenigen, die dieserhalb Mitglieder werden, zum Vorwurf machen? Wollen wir ihnen zürnen, daß sie nicht verstehen, daß alle Vorteile, die der Verband bietet, keine Lockmittel bedeuten, sondern erst die Folgeerscheinung einer gut aufgebauten Organisation sind? Wen des Alltags Kleinram zermürbt hat, wer unter Sorgen aufgewachsen ist, wer nie aus seiner kleinen Welt herauskam, nie Gelegenheit hatte, dem Geist Freiheit des Denkens zu gewähren, weiter zu denken als von heute bis morgen, der kann nicht mit seinem Beitrittsgehalt zugleich das volle Verständnis für eine Sache erkaufen haben, wie es das Bestreben des christlichen Textilarbeiterverbandes ist. Ein solches Mitglied wird erst durch Außerlichkeiten gefesselt und dann kann es erst zur Organisation erzogen werden. Diese Frauen werden oftmals die besten Mitglieder, die stolz darauf sind, sich zur Organisation zu bekennen. Diese Mitglieder sind es, die in ihrer Kinder Herzen oftmals den Keim rechtzeitig zu pflanzen wissen für eine Lebensauffassung, wie sie die aller christlich Organisierten ist.

Mögen es denn viele geben im christlichen Textilarbeiterverband, die sich in die Bestrebungen desselben hineingelebt haben, mit seinen Zielen verwachsen sind — wenn sie auch erst dazu erzogen werden mußten. Es fällt der Baum nicht auf den ersten Nabel, wenn aber eine Frau vernünftig ist und Augen und Ohren offen hält, dann wird sie lernen, daß sie in sich Verantwortlichkeitsgefühl haben muß für eine Generation, die die Früchte energischer Organisationsarbeit genießt, und das sind ihre eigenen Kinder.

Die neue Reichsversicherungsordnung.

2. Buch: Krankenversicherung.

Zunächst ist eine erfreuliche Verbesserung festzustellen. In der dritten Lesung im Plenum des Reichstags wurde auf Antrag der Kompromissparteien der Kreis der Versicherungspflichtigen wie der Versicherungsberechtigten erweitert. Entsprechend dem Kommissionsbeschlusse in erster Lesung wurde die Gehaltsgrenze auf 2500 M. heraufgesetzt. Es sind nun versicherungspflichtig die Betriebsbeamten, Werkmeister und andere Angestellte (auch Gewerkschaftsfunktionäre) sowie Handlungsgehilfen, Privatlehrer usw. mit einem Jahresverdienst bis zu 2500 M. Bis zu dieser Gehaltsgrenze können sich die bezeichneten Kategorien, wie auch kleine Gewerbetreibende und Betriebsunternehmer freiwillig versichern. In den vorausgegangenen Artikeln ist das zu berichtigen und überall statt 2000 M. 2500 M. zu setzen. Wir kommen nun zur

Organisation der Krankenkassen,

zu den Arten der Krankenkassen. Vielen schwebte als Ideal die Einheitskasse - etwa in Form der bisherigen Ortsklassen vor. Die Zentralisierung wurde gefordert mit dem Hinweis auf die größere Leistungsfähigkeit großer Kassen, die billigere Verwaltung und weil dadurch große Nachteile beseitigt würden, die dem Versicherten beim Wechsel der Arbeitsstätte erwachsen. Die Bemängelungen, die hinsichtlich des letzten Punktes gemacht werden konnten, wurden durch das neue Gesetz ziemlich ausgemerzt. Nach § 225 bekommt ein Erkrankter, der zu einer anderen Klasse übertritt, ohne weiteres die Leistungen dieser Klasse. Diese können allerdings schlechter sein als bei der ersten Klasse. Aber nach dem bestehenden Rechte bekam ein solches Mitglied beim Klassenwechsel zumeist überhaupt keine Unterstützung mehr, bzw. wurde in die neue Klasse nicht aufgenommen, und die bisherige Klasse hatte keine weiteren Verpflichtungen mehr. Auf den § 226, nach dem auch die wegen Erwerbslosigkeit ausscheidenden Versicherten den Anspruch auf Leistungen bei der bisherigen Klasse behalten, ist schon hingewiesen worden; ebenfalls auf § 326 betreffend die Weiterversicherung überhaupt. Die Versicherten können also in Zukunft sowohl beim Klassenwechsel wie beim Ausscheiden aus einer Klasse gewisse Leistungen und Rechte wahren; sie müssen nur die gesetzlichen Vorschriften beachten, insbesondere die Anmeldefristen einhalten. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, verliert also die Einheitskasse ihre Bedeutung. Es zeigte sich aber auch, daß die zentralisierten Ortsklassen durchaus die Erwartungen nicht erfüllten, die man hinsichtlich ihrer Leistungen und der Billigkeit ihrer Verwaltung an sie stellte. Kollege Abgeordneter Becker (Arnsberg) verwies im Reichstage auf die Münchener Ortsklasse. Nach der Zentralisierung der verschiedenen Ortsklassen dort stiegen die Verwaltungskosten und sonstigen Ausgaben so, daß die Leistungen herabgesetzt werden mußten. Auch die Statistik ergibt, daß die zentralisierten Ortsklassen bezüglich ihrer Leistungen nicht immer an der Spitze stehen. Diese Tatsachen, die Verschiedenheit der Berufe und Bedürfnisse, die Wünsche großer Interessentengruppen sprachen gegen die Einheitskasse; es gelang nicht, sie im Reichstag durchzuführen. Die Anzahl der Klassenarten wird jedoch abgemindert und die Errichtung neuer Betriebsklassen erschwert. Es fallen weg die Gemeindekrankenkassen und Baukrankenkassen. In Zukunft gibt es Ortskrankenkassen, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkassen und die neu eingeführten Landkrankenkassen als Träger der Krankenversicherung. Dazu kommen die Sonderklassen der Staatsbetriebe, die landesgesetzlichen Knappschaftskassen und die freiwilligen Ersatzklassen.

Die 16. Kommission hatte in der ersten Lesung die für die

Betriebskrankenkassen

grundlegenden Paragraphen gestrichen. Die verbündeten Regierungen ließen hierauf durch ihre Vertreter erklären, daß ohne Betriebskrankenkassen die Reichsversicherungsordnung nicht zustande komme. Damit war der Versuch auf Beseitigung der Betriebskrankenkassen gescheitert. Es mußten also die Verhandlungen darüber wieder aufgenommen werden. Die aus der christlichen Arbeiterbewegung hervorgegangenen Abgeordneten arbeiteten nun darauf hin, daß die Neuerrichtung solcher Kassen von der Zustimmung der beteiligten Arbeiter abhängig gemacht werde. Ein diesbezüglicher Antrag wurde in der Kommission auch angenommen, aber dann bei der Gesamtbestimmung mit Hilfe der Sozialdemokraten abgelehnt, die auch hier wieder ihre erfolglose „Prinzipienpolitik“ zum Schaden der Arbeiter anwandten.

Nach dem alten Gesetz konnten Betriebskrankenkassen errichtet werden von Unternehmern, die 50 oder mehr versicherungspflichtige Arbeiter beschäftigten, oder auch für Betriebe mit weniger als 50 Arbeitern, wenn diese besonderen Krankheitsgefahren ausgesetzt waren. Nach dem neuen Gesetz hängt die Errichtung einer Betriebskrankenkasse von der dauernden Beschäftigung von mindestens 150 Versicherungspflichtigen ab; bei landwirtschaftlichen oder Binnenhochseefahrtbetrieben genügen mindestens 50 Versicherungspflichtige. Es wurde aber bestimmt, daß bei Saisonbetrieben die Mindestzahl für mindestens zwei Monate vorhanden sein muß.

Nach der Regierungsvorlage bedurften diese Beschlüsse des Reichstags keinen Fortschritt. Die Regierungsvorlage hatte eine Mindestzahl von 500 Versicherungspflichtigen gefordert und fakultativ eine Herabsetzung von 250 und im Binnenhochseefahrtbetrieb auf 50 zulassen wollen. Aber dank der Unzuverlässigkeit und Kampfesweise der Sozialdemokratie einerseits, des Einflusses der Unternehmer andererseits kamen die obengenannten Bestimmungen trotz des Widerspruchs unserer Kollegen Becker, Behrens und Schirmer zustande.

Neben den Betriebsklassen sind wohl die Innungskassen die am meisten angefeindete Klassenart; auch sie

bleiben bestehen. Ihr Weiterbestand wird mit den historisch geworbenen Verhältnissen gerechtfertigt. Bestehende Innungskassen werden nach Inkrafttreten der Versicherungsordnung jedoch nur mehr gebildet, wenn ihre Leistungen mindestens so hoch sind wie die der maßgebenden Ortsklasse und ihre Leistungsfähigkeit auf die Dauer gesichert ist. Vor der Errichtung einer neuen Klasse ist auch der Gesellenausschuß zu hören.

Ortskrankenkassen werden für örtliche Bezirke errichtet (allgemeine Ortskrankenkassen), ebenso Landkrankenkassen. Beide Klassenarten sind in der Regel innerhalb des Bezirks eines Versicherungsamts zu errichten. Die Landkrankenkasse ist ein Ersatz der bisherigen Gemeindekrankenkasse. Die Leistungen der Landklassen sind geringer als die der Ortsklassen, aber doch besser als die der bisherigen Gemeindeklassen. An der Verwaltung der Gemeindeklassen waren die Versicherten nicht beteiligt, wohl aber bei der Landklasse. So erscheint die Landklasse immerhin als eine bessere Klassenart als die bisherige Gemeindeklasse. Die Haupterregungspunkt ist ja die, daß in der Landkrankenkasse nunmehr alle landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten zu einer Versicherung kommen, ein Ziel, um das 28 Jahre in der Öffentlichkeit und im Reichstag gekämpft wurde. Es war auch nur zu erreichen durch einen Kompromiß, durch Nachgiebigkeit auf allen Seiten des Reichstags. Die Mängel der Landklassen werden wohl von keiner Seite verkannt. Da die Hindernisse gegen Besseres unüberwindlich erschienen, überließ der Reichstag es der Landesgesetzgebung, hier weiter zu gehen. Nach § 237 kann diese bestimmen, daß für das Gebiet des betreffenden Landes Landklassen überhaupt nicht errichtet werden, sondern nur Ortsklassen. Neben der allgemeinen Ortsklasse dürfen so schon Landklassen nicht errichtet werden, wenn sie deren Bestand gefährden, bzw. wenn sie nicht mindestens 250 Mitglieder haben würden.

Ersatzklassen sowie Hilfsklassen werden zugelassen, wenn ihnen dauernd mehr als 1000 Mitglieder angehören. Auf Antrag einer bestehenden Hilfsklasse kann die oberste Verwaltungsbehörde die Mindestzahl der Mitglieder auf 250 herabsetzen.

Die Verfassung der Kassen

in dem neuen Gesetz ist ähnlich geregelt wie bisher. Für jede Krankenkasse muß eine Satzung errichtet werden, die den Kreis ihrer Mitglieder angibt und Bestimmungen trifft über die Art und den Umfang der Leistungen, Höhe der Beiträge und Zahlungszeit, Zusammensetzung, Rechte und Pflichten des Vorstandes, über die Zusammensetzung und Berufung des Ausschusses als Vertretung der Versicherten. Die Satzung bedarf der Genehmigung des Oberversicherungsamts, ebenso ihre Aenderung.

Bei den Ortskrankenkassen besorgen Vorstand und Ausschuß die Geschäfte der Kasse. Nach dem Regierungsentwurf sollten diese beiden Kassenorgane je zur Hälfte von und aus den beteiligten Arbeitgebern und von und aus den Versicherten gewählt werden. Diese Bestimmung im Zusammenhang mit der Halbierung der Beiträge hätte die Selbstverwaltung der Kassen durch die Versicherten beseitigt. Die Halbierung der Beiträge wurde aus diesem Grunde von der Kommission und dem Reichstag abgelehnt; damit fiel auch die Wahlhäufelung. Zwei Drittel der Vertreter der Versicherten sind also von den volljährigen Arbeitern zu wählen, das übrige Drittel von den Arbeitgebern. In allen Angelegenheiten, die die Leistungen der Kassen, die Beiträge betreffen, haben also die Arbeitnehmer die ausschlaggebende Mehrheit, wenn sie einig sind. Damit auch Minderheiten eine Vertretung erhalten können, ist die Verhältniswahl vorgeschrieben worden.

Die Wahl des Vorsitzenden im Vorstand ist anders geregelt worden als wie bisher. Gewählt ist nämlich nur derjenige, der die Mehrheit der Stimmen sowohl aus der Gruppe der Arbeitgeber als auch der Versicherten im Vorstand erhält. Die beiden Gruppen müssen sich also einigen, wenn sie einen Vorsitzenden nach ihrem Geschmack haben wollen, sonst wird er vom Versicherungsamt bestellt. Damit das Amt aber einer Klasse nicht jeden beliebigen Vorsitzenden bestimmen kann, wurde festgesetzt: Ein Arbeitgeber darf nur dann als Vorsitzender-Vertreter bestellt werden, wenn die Mehrheit der Gruppe der Arbeiter gegen ihn keinen Einspruch erhebt; umgekehrt ist es ebenso.

Der Stellvertreter des Vorsitzenden wird aus der Mitte des Vorstandes mit einfacher Mehrheit gewählt; er wird deshalb in den meisten Fällen ein Arbeiter sein.

Bei den Betriebskrankenkassen führt der Arbeitgeber den Vorsitz. Im Vorstand und Ausschuß hat nach den Beschlüssen der Kommission der Arbeitgeber die Hälfte der Stimmen, welche die jeweilig vertretenen Versicherten zusammen haben.

Im Münsterlande

ist eine wesentliche Veränderung der Situation eingetreten. Außer den in der vorigen Nummer schon genannten Orten haben nun auch die Arbeiter in Greven, Emsdetten und Osnabrück die Arbeit wieder aufgenommen. In diesen Orten ist es durch Verhandlungen und Vermittlung gelungen, für die Arbeiter annehmbare Bedingungen zu erzielen, unter denen sie die Arbeit wieder aufzunehmen beschlossen. Ausständig sind also nur mehr die Arbeiter in Neuenkirchen und Borghorst, und in Emsdetten in einem Betriebe. Der Inhaber dieses Betriebes will mit der Wiederaufnahme der Arbeit eine Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse verbinden. Dem setzen die Arbeiter Widerstand entgegen, und mit Zustimmung der Verbandsleitung nahmen sie die Arbeit noch nicht wieder auf. Ob sich im Laufe der Woche auch in den noch ausständigen Betrieben Bedin-

gungen werden erzielen lassen, unter denen die Arbeiter die Arbeit wieder aufnehmen können, läßt sich nicht sagen. Mittlerweile ist auch der Verband münsterländischer Textilindustriellen wieder zusammen gewesen und soll, Zeitungsmitteilungen zufolge, erneut die Aussperrung beschließen haben für den Fall, daß bis zum 24. Juni die Arbeiter der noch ausständigen Betriebe die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben. Ob diese Zeitungsmitteilung der Richtigkeit entspricht und aus dem Arbeitgeberverbande kommt, wissen wir nicht, nehmen es aber an. In den münsterländischen Betrieben war bis zum 18. Juni von diesem angeblichen Beschlusse noch nichts bekannt gemacht. Set dem, wie ihm wolle, hange machen läßt sich weder die münsterländische Arbeiterschaft noch unsere Organisationsleitung. Beide sehen den kommenden Dingen mit voller Ruhe entgegen. Unser Verbandsvorstand wird eingehend prüfen, was nach Lage der Verhältnisse zu tun ist im Interesse der Arbeiter und der Organisation. Die Mitglieder unseres Verbandes im Münsterlande stehen unter allen Umständen treu zu ihrer Leitung, sei es, wenn es einer Provokation des Arbeitgeberverbandes auszuweichen gilt, sei es, wenn erneut gekämpft werden soll.

Erfreulich ist, daß infolge der Taktik des Arbeitgeberverbandes, durch eine Aussperrung der Organisierten einen Keil in die Arbeiterschaft zu treiben, vielen unorganisierten Arbeitern die Augen geöffnet werden. Ihr Standesbewußtsein und ihr Pflichtgefühl ist lebendig geworden, sie schließen sich in großer Anzahl unserm Verbands an. Es gilt hier das Goethewort: Das ist ein Teil von jener Kraft, die das Böse will, aber das Gute schafft.

Dieser Bericht war bereits gesetzt, als wir die Mitteilung erhielten, daß in Borghorst sich die Dinge zu einem offenen Kampfe gegen unsern Verband entwickelt haben. Folgendes Schriftstück ist einzelnen Arbeitern von der Firma Arnold Rodt (Abteilung Bleicherei) zugesandt worden:

„Auf die Anfrage des Textilarbeiterausschusses teile ich Ihnen hierdurch mit, daß Sie am Montag, den 19. d. Mts., morgens 6 Uhr Ihren alten Posten wieder antreten können. Dabei mache ich zur Bedingung, daß Sie am besten sofort, spätestens aber bis zum 23. d. Mts. Ihren Austritt aus dem Textilarbeiterverband schriftlich in meinem Kontor erklären, denn sonst muß ich Sie wiederum aussperrern und es hätte keinen Zweck, wenn sie vorher wiederkämen.“

Hochachtungsvoll
für Bleicherei Wilmberg
H. Loepken.“

In dieser Weise können wohl die Differenzen vergrößert, aber nicht beseitigt werden. Die Schuld tragen aber nicht die Arbeiter.

Aus der Arbeiterbewegung.

Die politische Bestimmung der christlichen Gewerkschaften. Haben die christlichen Gewerkschaften eine politische Bestimmung? Die sozialdemokratische Presse hat es hundertmal „nachgewiesen“. Kürzlich tat es die sozialdemokratische „Düsseldorfer Volkszeitung“ wieder. Sie zitiert folgende Stelle aus einem bürgerlichen Blatt: „Nur durch die Stärkung der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung scheint eine soziale Verständigung zwischen der Bildungsschicht und der Arbeiterwelt und ein Damm gegen die Sozialdemokratie möglich zu sein.“ und knüpft daran folgenden Kommentar:

„Zweifelsfrei ist damit die politische Bestimmung der christlichen Gewerkschaftsbewegung wieder einmal zugegeben, ebenso zweifelsfrei werden aber auch die Stabacher Jesuiten wieder die Stirn haben, bei gegebener Gelegenheit das Gegenteil zu behaupten. Diese Sorte von Volksvergiftern kämpft dann für „Wahrheit und Recht.““

Das sozialdemokratische Blatt hat damit gar keinen Beweis scharfsinniger Beobachtung und Denkfähigkeit erbracht. Seine Schimpfereien hätte es sich besser gespart. Die christlichen Gewerkschaften haben die Bestimmung, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Mitglieder zu verbessern und zu regeln, ihnen ihr Recht beim Abschluß des Arbeitsvertrages zu sichern und zu erhalten, ihre materielle Lebenshaltung besser zu gestalten. Das ist die eigentliche Bestimmung der christlichen Gewerkschaften, dazu, und zu keinem anderen Zweck, wurden sie gegründet, das betrachten sie auch heute noch als ihre ureigenste und einzige Aufgabe.

Diesen Aufgaben und der Bewegung selbst stellt sich aber die politische und gewerkschaftliche Sozialdemokratie stets hindernd in den Weg. Die Sozialdemokratie erschwert die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, den Aufstieg des Arbeiterstandes zu besserer Lebenshaltung außerordentlich. Die christliche Gewerkschaftsbewegung wird zudem noch von der politischen und gewerkschaftlichen Sozialdemokratie Tag für Tag auf das heftigste und gemeinste bekämpft. Deshalb müssen die christlichen Gewerkschaften einen ständigen Krieg gegen die Sozialdemokratie führen. Ihr gegenüber kann es keine Neutralität geben. Was wir in dem Leitartikel in Nr. 20 der „Textilarbeiter-Zeitung“ schrieben, unterstreichen wir heute wieder: „Die Sozialdemokratie ist eine verlorenene Massenbewegung und als solche eine dauernde Gefahr für die soziale und demokratische Entwicklung in Wirtschaft und Gesellschaft.“

Beiläufig ist das, müssen auch christliche Gewerkschaftsblätter sich immer wieder mit der Sozialdemokratie be-

fassen, über ihre Theorien reden, die Widersprüche in ihnen und ihre Ausichtslosigkeit, über die Programmlosigkeit der Sozialdemokratie und ihre verzweifeltsten Anstrengungen, zu einem Programm zu gelangen. Um der Sache der Arbeiter willen, nicht als Sachwalter der Kapitalisten oder bürgerlichen Parteien, befaßen wir uns mit der Sozialdemokratie. Ihr gegenüber kann es keine Neutralität geben. Sie wünscht sie nicht und kann sie nicht wünschen. Einer Sozialdemokratie gegenüber neutral sein, hieße sie fördern, damit aber auch das Unheil, das sie als verjüngere revolutionäre Bewegung über uns bringen könnte."

Wenn uns nun weite bürgerliche Kreise ihre Unterstützung deshalb angeheißt lassen, weil sie in unserer Bewegung einen Damm gegen die Sozialdemokratie sehen, so kann uns das recht sein. Tatsächlich bildet die christliche Gewerkschaftsbewegung durch ihre Grundanschauungen, ihre ruhige, klare und zielbewusste Arbeit eine große Gefahr für die Sozialdemokratie. Wer für die christlichen Gewerkschaften gewonnen ist, ist für die Sozialdemokratie verloren. Die christlichen Gewerkschaften werden am ehesten revolutionäre Putsch der "Roten" verhindern können. Wenn die Sozialdemokratie überhaupt überwunden werden kann, dann nur, wenn sie durch eine andere, nationale Arbeiterbewegung abgelöst wird. Wenn die Sozialdemokraten in diesem Sinne von einer „politischen Bestimmung der christlichen Gewerkschaften“ reden, dann kann uns das egal sein. Diese sind ein Damm gegen die Sozialdemokratie, weil sie die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter auf dem Boden der bestehenden Staats- und Rechtsordnung mit Besonnenheit und Entschiedenheit zielliar erstreben und verwirklichen.

Liberalismus und christliche Gewerkschaftsbewegung. Wir lesen in der „Neuen Ausburger Zeitung“ vom 9. Juni:

„Anlässlich der Beratung über die Arbeitslosenversicherung im Ausburger Gemeindevorstand wurde von liberaler Seite behauptet, die Arbeitslosenversicherung auf Grund des Genter Systems komme nur der Sozialdemokratie (durch die „freien“ Gewerkschaften) zugute. Der damalige Gemeindevorstand Seiwert wies dieser Behauptung gegenüber darauf hin, daß das ganz unrichtig sei, weil ja auch die christlichen Gewerkschaften die Arbeitslosenversicherung hätten, so daß also eine einseitige Begünstigung der Sozialdemokratie ausgeschlossen sei. Auf einen Zwischenruf des Bevollmächtigten Frommel wies Seiwert auf die Notwendigkeit hin, die christliche Gewerkschaftsbewegung mit Nachdruck zu fördern und zu unterstützen, um so der Sozialdemokratie entgegenzuarbeiten. Diese Anklage des Seiwert wurde von liberaler Seite mit Heiterkeit aufgenommen, ein Umstand, der auf das Verständnis, das in liberalen Kreisen über die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften herrscht, ein bezeichnendes Licht warf. Offenbar konnten die liberalen Herren es sich gar nicht denken, daß ein Liberaler die christlichen Gewerkschaften unterstützen könne. Nun bringt der nationalliberale „Schwäbische Merkur“ über die christliche Arbeiterbewegung ein Urteil, das vielleicht auch gewissen Augsburger Liberalen zu denken gibt.

Der „Schwäbische Merkur“ warnt die Arbeitgeber, der Einführung der christlich-nationalen Arbeiterorganisationen Schwierigkeiten zu machen, da man damit nur erziele, daß die betreffenden Arbeiter der sozialdemokratischen Agitation anheimfallen, und fährt fort:

„Schließlich stehen die christlich-nationalen Gewerkschaften, trotzdem sie eine Verbesserung der Lebenshaltung erstreben, im Grunde genommen ganz anders zum Staat und den übrigen Volksschichten, als die sozialdemokratischen Gewerkschaften... Wenn die Schicht der Gebildeten der gegenwärtige Lage in der deutschen Arbeiterbewegung mit dem erforderlichen Ernst ins Auge blickt und jeder an seinem Platz sich entsprechend betätigt, dann könnten in den nächsten Jahren in Württemberg Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen den christlich-nationalen Gewerkschaften zugeführt werden. Nur durch die Stärkung der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung scheint eine soziale Verständigung zwischen der Bildungsschicht und der Arbeiterschaft und ein Damm gegen die Sozialdemokratie möglich zu sein.“

Diese Auslassung eines liberalen Blattes läßt das soziale Verständnis gewisser liberaler Kreise in Augsburg in einem für diese geradezu beschämenden Lichte erscheinen. Genau denselben Gedanken hatte G.B. Seiwert bei Beratung der Arbeitslosenversicherung im Gemeindevorstand zum Ausdruck gebracht — und die liberalen Herren hatten für diesen Gedanken nichts anderes übrig als — Heiterkeit!

Leider trifft man diese Verständnislosigkeit nicht bloß in Augsburger liberalen Kreisen an.

Eine nichtsnutzige Verdächtigung. Die Art und Weise, wie in Holland die Anhänger der katholischen Fachabteilungen für ihre Bewegung agitieren, ist nicht mehr schön zu nennen. Das Organ dieser Bewegung, „Het-Hoog-Ambacht“, scheint den Kampf gegen die „Unitas“, unseren holländischen Bruderverband, weniger führen zu wollen oder können durch positive Aufklärungsarbeit, als vielmehr durch Verdächtigungen und Unterschleibungen. Eine Polemik in Nr. 23 vom 10. Juni gegen die „Unitas“ bringt ein Musterbeispiel dieser Kunst der „Hoog-Ambacht“-Redaktion. Da heißt es u. a.:

„Wegen die protestierenden (gegen die Anweisung der Bischöfe, den katholischen Fachabteilungen beizutreten, t. R. d. V.) katholischen Mitglieder der „Unitas“ schlenkigt zur guten Einsicht kommen über den Untergrund einer Bewegung des „negativen Christentums“, wie sie Dr. Sonnenschein im Jahre 1905 auf dem sozialen Kursus in M.-Glabbach nannte. Dr. Sonnenschein, einer der Männer von M.-Glabbach, dessen Name angegeben steht bei dem Redaktionsstabe einer modernistischen italienischen Zeitschrift.“

Auf diese nichtsnutzige Verdächtigung teilt uns Herr Dr. Sonnenschein mit, daß die Sache mit der italienischen modernistischen Zeitschrift von A bis Z unklar ist. Er hat niemals dem Redaktionsstabe eines solchen Blattes angehört. Wohl hat er vor 8—9 Jahren für eine neapolitanische Zeitschrift einen sozialen Artikel geschrieben und ist danach auf der Mitarbeiterliste geführt worden. Seitdem das Blatt aber in Konflikt mit der kirchlichen Behörde liegt, hat Herr Dr. Sonnenschein, was für ihn als katholischer Priester selbstverständlich ist, wie er uns schreibt, sofort jede Beziehung mit dem Blatte abgebrochen und keine

Zeile mehr dafür geschrieben. Dr. Sonnenschein hat der „Hoog-Ambacht“-Redaktion eine Berichtigung zugehen lassen. Die Redaktion hätte nach unserer Meinung gut und nobel gehandelt, wenn sie sich vorher bei Herrn Sonnenschein, der doch auch in weiten Kreisen Hollands einen guten Namen hat, erkundigt hätte, bevor sie eine solche Verdächtigung eines katholischen Priesters aus irgend einem Heftblatte übernahm und ihren Lesern als wahr vorsetzte.

Die Sache mit dem „negativen Christentum“ der christlichen Gewerkschaften ist eigentlich zu dumm, als daß man darauf antworten sollte. Wenn Herr Kaplan Poell, der Redakteur der „Hoog-Ambacht“ damit in Deutschland hantieren wollte, würde er sich einfach lächerlich machen. Wir empfehlen dem Herrn die einschlägige Literatur der christlichen Gewerkschaften zum Studium, vielleicht bekommt er dann eine richtige Auffassung von dem vielgeschmähten Christentum der christlichen Gewerkschaften. Herr Dr. Sonnenschein hat auf dem M.-Glabbacher Kursus 1905 gesagt, daß die Bezeichnung „Christliche Gewerkschaft“ ein doppelt gedankliches Element umfasse, einmal ein positiv-geschichtliches und zweitens ein negativ-inhaltliches. Das positiv-geschichtliche Element besteht darin, daß die christlichen Gewerkschaften in Deutschland die wirtschaftliche Organisationsform des noch gläubigen Proletariates darstellen, während das nichtgläubige Proletariat seine Organisation in den sozialdemokratischen Gewerkschaften vollzieht, bezw. vollzogen hat. Das negativ-inhaltliche Element besteht darin, daß die Gewerkschaft als solche das Christentum respektiert, daß sie jedem gläubigen Christen die Garantie gibt, daß keine wirtschaftliche Maßregel ergriffen wird, die ihm als Christen unerlaubt wäre. Von negativem Christentum zu reden, ist Unsinn.

Die Rundschreiben der Unternehmer. Die einzelnen Bezirksverbände der Textilindustriellen sind der großen Zentrale, dem Arbeitgeberverband der deutschen Textilindustrie mit dem Sitz in Aachen angeschlossen; dieser wieder steht in einem Kartellverhältnis mit der „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände“. Bei der Ausfertigung in Coesfeld wurden von dieser Hauptstelle aus an die angeschlossenen Organisationen und von diesen wieder an die Bezirksverbände und von da an die einzelnen organisierten Unternehmer Rundschreiben geschickt des Inhalts, in Coesfeld wäre eine Streikbewegung, man möchte keinen Textilarbeiter, der aus Westfalen käme, einstellen. Wenigstens lautete so ein Rundschreiben, das die Unternehmer des bezüglichen Landes verschickten. Also waren für sämtliche Textilarbeiter aus Westfalen sämtliche Berufe Deutschlands, soweit die Unternehmer organisiert sind, während des Kampfes gesperrt.

Nunmehr scheint die Sperre aufgehoben zu sein, denn uns fliegt ein Rundschreiben eines Unternehmerverbandes auf den Redaktionsstisch, dessen Namen wir aus bestimmten Gründen verschweigen wollen. In dem Schreiben heißt es:

An unsere Mitglieder!
 Vom Arbeitgeberverband der deutschen Textilindustrie ist uns nachstehende Mitteilung gemorden.
 Der Verband Münchener Textilindustrieller, Münster i. W. teilt heute mit, daß die Arbeiter der Firma

Eine Reise durch die Vereinigten Staaten Amerikas.

II

Auszug aus einem Vortrage des Kollegen Giesberts, gehalten in einer Versammlung des christlichen Gewerkschafts-Lartells Düsseldorf.

Ich habe 177 industrielle Werke besucht, davon drei große Elektrizitätswerke, wie Siemens u. Halske, landwirtschaftliche Maschinenfabriken, große Stahlwerke von Carnegie usw. Ich habe gefunden, daß in der Arbeitsmethode große Unterschiede bestehen. Eine Fabrik am Michigansee mit 3000 Arbeitern zeigte eine ungemein scharf durchgeführte Arbeitsteilung. Der Betrieb war proper und reinlich und zeigte musterhafte Ordnung. Sie beschäftigt einen alleingesehnen Arbeiterstand, größtenteils aus Deutschen und Engländern bestehend, die so sehr auf Ordnung hielten, weil sie sagen: Unordnung hindert unsere Arbeit. Man sieht die Leute in dieser Fabrik auch nicht hastig oder erregt arbeiten, sondern ruhig und gelassen. Da ist natürlich die Produktionsfähigkeit mit Hilfe der Maschinen sehr groß. Die Löhne schwanken zwischen 2—4 Dollars, also 8—16 M. Das mich interessierte, waren auch die Arbeiterwohnungen bei diesen Werken. Ich hätte nicht geglaubt, daß es Arbeiterwohnungen gäbe, wenn ich mich nicht überzeugt hätte. Ich habe gesehen, daß es sich meist nur die Forme und Konture handelte. Der Ort hatte auch sonst eine gute Lage am See und ein gutes landwirtschaftliches Hinterland. Die Arbeitsverhältnisse waren hier wirklich ideal, soweit man dieses Wort gebrauchen kann. Auch das Verhältnis mit dem Fabrikherrn war ein gutes.

Schließlich habe ich die Verhältnisse in Chicago gefunden, in den Werken des Stahlwerks, wo meist polnische oder böhmische Arbeiter beschäftigt sind. Dort arbeiteten sie für 1 Dollar, 1 1/2 Dollar oder selten 2, volle 12 Stunden. Die ganzen Werke herrichten Hasten und Schreien ohne Rücksicht auf Menschen und Umstände. Dort konnte ich auch sehen, was amerikanische Unternehmer sich gegenüber ihren Arbeitern erlauben. In einem Werke mit 10000 Arbeitern wurden in zwei Monaten 400 ohne Kündigung auf die Straße geworfen.

Redner schildert dann das Elend dieser Arbeitslosen, die wie Vieh nach unbekanntem Arbeitsstellen verkauft werden und in der Not auf alle Bedingungen eingehen müssen. Des weiteren kommt er auf die Stahlwagenfabrikation mit ihrem hastenden Treiben zu sprechen. Die Wohnungsverhältnisse seien hier geradezu schauerhaft. Und da sei der Sitz des bekannten Carnegie. Auch die Geschäftspraxis der Firma Singer erörtert Redner kurz und bespricht dann die Macht der Trusts. Es gibt ihrer 10200 mit ca. 60 Milliarden Mark Grundkapital. 58000 Arbeiter, 720 Höfen stehen bereit, um 88 Prozent der Gesamtrohisenproduktion aufzubringen. Und alle diese Trusts werden von wenigen Magnaten beherrscht; so ist Rockefeller allein im Aufsichtsrat oder Direktorium von ca. 60 Sejjelchaften. Diese Vertrustung der amerikanischen Industrie bewirkt auch die Rücksichtslosigkeit, der Reich und Material ausgeübt sind. Deshalb macht sich gegenwärtig auch eine starke Bewegung gegen das Trustwesen geltend, das auf der einen Seite die Lebensmittel hoch im Preise hält, auf der anderen Seite die Löhne drückt. Die wenigen Kapitalisten beherrschen auch die Politik; gegen ihren Willen wird kein Gesetz gemacht.

Was tun nun die Arbeiter all diesen Auswüchsen gegenüber? Man wäre versucht, auf Grund der Marx'schen Theorie Amerika als das geeignete Land für den Sozialismus anzusehen. Aber das Gegenteil ist vorläufig richtig. In keinem anderen Lande hat der Sozialismus so wenig Fortschritte gemacht, als in Amerika, und die wenigen Erfolge sind auf die Erbitterung infolge der Korruption bei Republikanern und Demokraten zurückzuführen. Gegen den Sozialismus schützt uns, so sagt der Amerikaner, unser Optimismus. Unser Land ist reich, und wer arbeitet und strebt kommt auch zu etwas. Das war bisher der Fall Hunderttausende haben Vermögen erworben. Unter solchen Leuten hielt ich einen Vortrag über Sozialpolitik. Da wurde mir gesagt: „Was geht uns Sozialpolitik an. Alle Leute, die hierher gekommen, waren blutarm und haben sich Vermögen gemacht.“ Es gibt aber auch reich gewordene, die bessere soziale Ansichten haben. Aber die Auffassung in Amerika, daß das Land die besten Aussichten bietet für wirtschaftliche Fortschritte, läßt sie der Einsicht sich verschließen gegen wirkliche Mängel, die im Lande sind. Gegen eine soziale Gesetzgebung sträubt man sich mit der Begründung: Wenn wir eine so gute Ver-

waltung hätten wie Deutschland; aber wer mit unserer Politik vertraut ist, kann nicht sagen, daß sie das Geld der Arbeiter verwalten könne.

Diese Sorglosigkeit der Amerikaner wird dem Lande noch einmal viel zu schaffen machen. Wenn ein Land für den Sozialismus disponiert ist, dann ist es Amerika. Amerika ist die freieste Republik — auf dem Papier; in Wirklichkeit ist es viel diktatorischer regiert als selbst Preußen. Die Kapitalistenklasse regiert viel rücksichtsloser gegen das Volk als unsere Monarchie. Auf dem Papier aber steht die Freiheit. Man braucht keine „Junter“ und „Passen“ aufzutupfen; diese Arbeit ist den Sozialisten vorweggenommen. Die Republik ist aufgebaut auf den Grundgesetzen der französischen Republik. Alles wird durch das Volk gewählt: Präsident, Bürgermeister, alles; aber fragt nicht wie. Dort herrscht eine politische Korruption, eine Wahlbeeinflussung, wie sie hier keine Partei verüben könnte; die Wahl wird einfach mit dem Dollar in der Wirtschaft gemacht. Die Sozialisten haben hier die freieste Staatsverfassung, sie brauchen also nur wirtschaftlich tätig zu sein. Aber das wirtschaftliche Leben läuft in Amerika in immer weniger Hände zusammen. Vielleicht sieben Mann haben die Fäden der ganzen Entwicklung in der Hand. An ihre Stelle bräuchte man also nur ein anderes Komitee zu setzen. Aber dieses müßte ebenso gerieben, ebenso gerissen sein wie die sieben. Es ist nicht mehr wahr, daß in Amerika jeder seine Existenz findet; 95 Prozent aller bleiben, was sie in der Heimat gewesen oder gehen zu Grunde. Wie man mit den Eingewanderten und ihren Familien umgeht, zeigt Redner an drastischen Beispielen. Den erhöhten Löhnen steht in jedem Falle auch eine erhöhte Ausnutzung der Menschkraft gegenüber. Auch die Lebensverhältnisse sind zum mindesten nicht billiger. Amerika hat keine soziale Versicherung. Wenn der Mann infolge eines Unfalles stirbt, erhält die Frau 1000 Dollars, wird er zum Krüppel erhält sie ein Jahresbedienst. Bei uns dagegen erhält die Frau in jedem Falle ihre bestimmten Renten. Die Amerikaner sagen, das können wir nicht zahlen.

Die Krankenversicherung ist gewöhnlich privatim geregelt. Die Arbeiter müssen selbst zahlen. Nur der kann hoffen, in Amerika eine bessere Existenz zu finden, bei dem alles vorher kontraktlich geregelt ist.

A. Rolf u. Co. in Coesfeld

erklärt haben, die Arbeit zu den von der Firma unter dem 16. Februar d. J. angebotenen Bedingungen wieder aufnehmen zu wollen. Die Bewegung ist also für die Arbeiter vollständig ergebnislos verlaufen.

Es erledigen sich somit die Rundschreiben vom 13. März, 3. April und 8. Mai d. J.

Unsere Rundschreiben Nr. 24, 28 und 39 sind somit erledigt.

Schachtend

Dieses Rundschreiben enthält, gerade wie die Presfnotizen des Verbandes Münsterländischer Textilindustriellen, eine direkte Unwahrheit. Die Arbeiter haben nicht unterschrieben, daß sie die Arbeit zu den von der Firma unter dem 16. Februar angebotenen Bedingungen wieder aufnehmen. Vielmehr haben sie folgendes unterschrieben: Wir erklären uns im Namen der ausständigen Arbeiterschaft der Firma Aug. Rolf u. Co. bereit, die Arbeit unter den Bedingungen wieder aufzunehmen, wie sie von der genannten Firma angeboten waren, bevor die Androhung der Aussperrung durch den Verband Münsterländischer Textilindustrieller erfolgte.

Das ist etwas ganz anderes. Die Aussperrungsandrohung erfolgte erst am 1. Mai. Die Bewegung ist auch nicht „vollständig ergebnislos für die Arbeiter“ verlaufen. Die Firma hat bereits vor der Kündigung und auch noch während des Streiks Zugeständnisse gemacht. Die Arbeitgeber werden also in dem Rundschreiben irre geführt.

Wer braucht Schönfärberei?

Wie nicht anders zu erwarten war, bringt auch die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ (Nr. 24 vom 11. Juni) einen durchaus entstellten und unrichtigen Bericht über die Vorgänge bei der Bewegung in Coesfeld bzw. im Münsterlande. Es wäre ja von der Redaktion dieses Blattes zuviel verlangt, wenn man das Unsinnsstück, sie sollte auch von der Darstellung der Arbeiterorganisationen nicht nehmen und sie nicht von vornherein als Schwindel betrachten. Die Deutsche Arbeitgeberzeitung sagt einfach, Tatsache ist ferner, daß die Zulage für die alten „Unterschläger“ (eine andere Art von Weistühlen) am 16. Februar, also vor Niederlegung der Arbeit, von der Firma aus freien Stücken bewilligt worden war, und endlich, daß von irgend einer Errungenschaft hinsichtlich der übrigen Punkte durch den Zustand absolut keine Rede sein konnte. Um hierüber aber jeden Zweifel auszuscheiden, was eine entsprechende schriftliche Erklärung des Arbeiterausschusses unumgänglich notwendig. Nein, was das Unternehmerblatt hier ganz einfach als Tatsache feststellt, ist eine Unwahrheit, eine unwahre Meldung des münsterländischen Arbeitgeberverbandes.

Dann weist das Blatt unsern Verband und den Arbeiterorganisationen überhaupt vor, sie drehten jedesmal eine Niederlage zu einem Siege um.

Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Arbeiterorganisationen selbst wenn sie eine Niederlage erlitten haben, den Versuch machen, die Verhältnisse so darzustellen, als ob wenigstens Teilerfolge zu verzeichnen waren. Nur auf diese Weise ist es ihnen möglich, ihre Geselligkeit zusammenzuhalten und sie zu späteren opferreichen Kämpfen zu veranlassen. Eine anerkannte Niederlage ist gleichbedeutend mit einem starken Mitgliederabfall.

Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ redet sich da etwas zurecht. Von unserm Verbands, und der kam bei der Bewegung doch hauptsächlich in Betracht, ist nicht von einem Siege geredet worden. Von einem Teilerfolge durfte er aber mit vollem Recht reden und schreiben. Die Bewegung bedeutet für uns keine Niederlage. Und wäre es. Die „Arbeitgeberzeitung“ kalkuliert falsch, wenn sie annimmt, die Arbeiter gingen bei wirklichen Niederlagen den Verbänden laufen. Nein, die Arbeiter wissen sehr gut, daß nicht jede „Schlacht“ gewonnen werden kann. Niederlagen sind für sie Faktoren des Fortschrittes, des Schaffens, des rüstigen Weiteragierens, der weiteren Stärkung.

Die Gewerkschaften — und das trifft für unsern Verband auch zu — sind gerade stark geworden in den Jahren, wo die Arbeitgeberorganisationen auftraten, um den Arbeitern jeden Erfolg freitig zu machen, wo jene den Arbeitern die Kets „zunehmenden Niederlagen der Gewerkschaften“ anfangen vorzurechnen. Die Arbeiter haben gelernt, auch wirkliche Rückzüge und Niederlagen im richtigen Sinne zu gebrauchen. Und übrigens verbinden sie mit dem gewerkschaftlichen Gedanken mehr, als einen Streik oder eine Aussperrung, mögen sie gewonnen oder verloren gehen. Die Wurzeln der Kraft der Gewerkschaften liegen tiefer.

Wir drehen aber den Spieß um und sagen: Die Notizen in der Presse und das ganze Verhalten der Arbeitgeber aus Umlauf der Coesfelder und bei zahlreichen anderen Bewegungen lassen sehr stark vermuten, daß die Arbeitgeberorganisationen ihren Mitgliedern Erfolge vorreden müssen, selbst wenn sie Niederlagen erlitten, weil sie sonst ihre Geselligkeit nicht beieinander halten können. Wir könnten aber die „innere Geschlossenheit“ zahlreicher Arbeitgeberverbände ganz allerliebste Dinge erzählen.

„Aus der Zeit der gewerkschaftlichen Kinderkrankheiten“ überschreibt Schippel einen Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften“ (12. Heft). Er ist für uns auch deshalb von großem Interesse, weil er so recht zeigt, welcher Geist damals in den „freien“ Gewerkschaften und in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft überhaupt herrschte und weil er weitere Beweise bringt für die Tatsache, daß die sozialdemokratische Partei zu allen Zeiten ihre Hand auf die Gewerkschaften gehalten, sie bevormundet und geführte hat. Namentlich die Generalkommission war dem ge-

heimen und offenen Kriege der Parteibonzen und dem Unverständnis der Arbeiter ausgeföhrt.

Diese hielten die Gewerkschaften für ein Ding von ganz untergeordneter Bedeutung; sie glaubten, daß das sozialdemokratische Wunderland gar bald schon kommen würde, der Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft und der privatkapitalistischen Produktionsweise gar nicht lange auf sich warten lassen könnte. Vorstand und Ausschuß des Textilarbeiterverbandes beantragten bei ihren Mitgliedern den Austritt aus der Generalkommission aus folgenden Gründen:

„Es will uns nütlicher erscheinen, daß wir die Summen, welche wir der Generalkommission zu entrichten haben, zur Agitation in unseren eigenen Reihen verwenden. . . Wir Textilarbeiter müssen unser ganzes Augenmerk auf die immer mehr überhand nehmenden Krisen richten. Sie beweisen uns, daß der Zeitpunkt des Zusammenbruchs des heutigen Produktionsystems nicht mehr so ferne sein kann, und mit ihm der ganze Staatenbau aus den Fugen gehoben wird. Daher müssen wir uns mehr mit der Agitation für unser aller Ziel beschäftigen, die Formfrage aber gänzlich beiseite lassen, denn die Gefahr liegt nahe, daß durch die Formfrage das Prinzip vergessen werden kann.“

Die armen „deutschen“ Textilarbeiter haben gehofft und geharrt und sind heute ihrem Endziele wohl noch ferner als damals.

Daß die sozialdemokratischen Arbeiter keine Hoffnung hatten, es würde den von Marx aufgedeckten „Naturnotwendigkeiten“ mit irgend welchen gewerkschaftlichen Einrichtungen beizukommen sein, geht weiter aus den Gründen hervor, womit in der „Metallarbeiterzeitung“ eine Zuchtschrift die gewerkschaftlichen Unterstufungen bekämpft: Es sei eine eigentümliche Erscheinung,

„daß einzelne Gewerkschaften die Pflege des Klassenbewußtseins in den Hintergrund schieben, dafür aber noch heute einen wüsten Ballast von geradezu utopischen Zielen in ihren Statuten mitschleppen. Wir rechnen hierzu alle jene Einrichtungen, die meinen Unterstufungszielen bei dauernder oder vorübergehender Arbeitslosigkeit . . . dienen. . . Es dürfte deshalb nicht überflüssig sein, zunächst auf die Gefahren hinzuweisen, die daraus entstehen, daß Gewerkschaften und Fachvereine ihre Kräfte bei der Betätigung solcher Aufgaben vergeuden, die für das Endziel der Gewerkschaftsbewegung völlig irrelevant sind, um dann auf dieses Endziel näher einzugehen. . . Die Gewerkschaften als Versicherungsinstitute gegen Arbeitslosigkeit zu betrachten heißt bei der gegenwärtigen Zuspitzung des Kapitalismus geradezu die Existenz der Gewerkschaften aufs Spiel setzen. Die Existenz der industriellen Reservearmee gehört nun einmal zu denjenigen Requiriten, ohne die der Kapitalismus nicht zu operieren vermag; die sozialen Wirkungen der industriellen Reservearmee aber durch Arbeitslosenunterstützung paralisieren wollen, heißt das Pferd, das uns aus dem Sumpf des Kapitalismus herausziehen soll, beim Schwanz aufzukämen.“

Schippel nennt das einen „rückständigen, gut konservativen Radikalismus“, der in der Tarifffrage seinen Gipfel erklomm. Das Leipziger Ortskartell erklärte, daß Organisationen, die Tarifgemeinschaften erstrebten, als nicht mehr auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung zu betrachten seien. Es schloß diejenigen Vertreter der Buchdrucker, die für Tarifgemeinschaften waren, aus, weil sie auf dem kirchlich-dünckseligen Standpunkt ständen, denn hier läme es auf die große Grundfrage an: „Klassenkampf und Selbständigkeit oder Harmonie und Verhandeln“. Die Generalkommission aber habe durch ihre Stellungnahme zur Tarifffrage bewiesen, daß sie den Streik verneint und den Weg der Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern für den besseren hält. Das dürften die Gewerkschaften niemals gut heißen, denn das bedeute die Verneinung des Klassenkampfes und die Propagierung der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit.

Wie hat sich in den Jahren alles hier gewandelt, sagt Schippel. Gewiß, vieles hat sich gewandelt, aber man findet doch heute in sozialdemokratischen Gewerkschaftskreisen wieder auffallend viel Gedanken vertreten, die hier Schippel aus der Zeit der „Kinderkrankheiten“ ausgräbt. Und die Bevormundung durch die Partei haben die „freien“ Gewerkschaften heute noch so gut wie damals geduldig auszuhalten.

Zur Annahme der Reichsversicherungsordnung.

Bekanntlich ist die Versicherungsordnung im Reichstage mit 231 gegen 57 Stimmen bei 15 Stimmenthaltungen angenommen worden. Das „Zentralblatt“ bringt nun in seiner Nummer 12 vom 12. Juni einen Artikel, worin einige Richtlinien angegeben sind, wonach in der Arbeiterversicherung in Zukunft reformierend gearbeitet werden müsse.

Nachdem die organisatorischen Fragen nunmehr gelöst sind und es sich in Zukunft nur darum handeln kann, Unebenheiten, die sich in der Praxis herausstellen, zu beseitigen, wird das Schwergewicht der Reformen für die Zukunft umso stärker auf die materiellen Leistungen gerichtet werden können. In erster Linie wird hier in Frage kommen der bessere Ausbau der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Bei der Invalidenversicherung wird zunächst in Betracht kommen die Erweiterung der Kinderrenten, die jetzt erstmalig eingeführt sind. Dann ferner wird das Streben darauf gerichtet sein müssen, den höheren Altersklassen nach einer bestimmten, erfüllten Wartezeit den Bezug der Invaliden- und Altersrente zu erleichtern. Vorläufig gehen wir auf die Frage nicht ein, die im Reichstag so lebhaft diskutiert worden ist, ob die Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre ohne weiteres das nächste Ziel sein soll. Wohl aber erscheint es uns heute schon notwendig, festzustellen, daß eine Erleichterung zur Erlangung der Invalidenrente für die 65jährigen von größerer Bedeutung ist, als die mechanische Herabsetzung

der Altersgrenze. Ein weiteres Augenmerk wird man richten müssen auf den Ausbau des Heilverfahrens. Hier hat das Gesetz gewisse Einschränkungen gebracht, die notwendig erscheinen mit Rücksicht auf die Sicherung der Rente. Die Invalidenversicherung ist in erster Linie eine Rentenanstalt und deshalb muß auch in der Hauptsache Bedacht genommen werden auf die absolute Sicherstellung der Rentenauszahlungen. Der Ausbau des Heilverfahrens, der uns unbedingt notwendig erscheint, kann nur erfolgen, wenn die entsprechenden Mittel durch höhere Beiträge zur Verfügung gestellt werden können. Bei der Hinterbliebenenversicherung wird die Erhöhung der Knapp bemessenen Witwen- und Waisenrente das Ziel der Reform sein. Auf das Ganze wird fördernd wirken die Verabschiedung des Privatbeamtenversicherungsgesetzes, welches für den Herbst in Aussicht gestellt ist. Es wird dann auch wesentlich darauf ankommen, daß in denjenigen Kreisen, die in der Hauptsache durch die Beiträge in Mitleidenschaft gezogen werden, eine größere Bereitwilligkeit herrscht für höhere Leistungen. Es wird dies nicht ohne Schwierigkeiten abgehen.

Die Sozialdemokratie wird das Gesetz in der üblichen Weise politisch ausnutzen, und ebenso gegen die christliche Arbeiterbewegung. Umfassendste Aufklärung über den Wert des Gesetzes ist hier notwendig und sie wird, soweit der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften in Frage kommt, auch erfolgen. Mit ihrer Uebertrumpfungspolitik dürfte die Sozialdemokratie aber diesmal kein besonderes Glück haben. Die Befriedigung ihrer Forderungen hätte nahezu zwei Milliarden Mark Mehrkosten verursacht. Ob die deutsche Volkswirtschaft in der Lage ist, jährlich zwei Milliarden M. mehr, also im ganzen zirka drei Milliarden M. jährlich für den Versicherungszweck aufzuwenden, darüber zerbricht sich die Sozialdemokratie den Kopf nicht. Die Verbesserungsmöglichkeiten auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung stehen im engsten Zusammenhang mit einer gut fundierten, gesicherten Volkswirtschaft. Das zu erreichen sollten Arbeiter und Arbeitgeber gemeinsam bestrebt sein.“

Die Kundgebung der Essener christlich-nationalen Arbeiter

war eine imposante Demonstration. Die Genossen hatten versucht, dieser großen Kundgebung dadurch Abbruch zu tun, daß sie eine Sonderversammlung einberiefen, mit den Genossen Schmidt-Berlin und Sachse-Bochum als Referenten. Aber ihr Versuch mißglückte. Während die Versammlung der christlichen Arbeiter von mindestens 3000 Personen besucht war, waren in der Genossenversammlung, zu der eine ungeheure Reklame gemacht worden war, wohl mehr als 1000 Leute weniger anwesend.

Nach den Referaten von Stegerwald und Becker wurde in der Versammlung der christlichen Arbeiter folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heute im überfüllten Saale des Kriegerheims zu Essen tagende von 3000 Personen besuchte Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen der Referenten vollständig einverstanden. Sie erkennt an, daß insbesondere die aus der christlichen Arbeiterbewegung hervorgegangenen Abgeordneten die denkbar möglichsten Anstrengungen machten, um für die Arbeiter herauszuschlagen, was möglich war. Die Versammlung protestiert gegen die Anpöbelungen und Beschimpfungen, mit denen die sozialdemokratische Partei in den letzten Wochen die christlichen Arbeiterabgeordneten traktierte.

Die Reichsversicherungsordnung bringt gegen den bisherigen Zustand eine Reihe von Verbesserungen, als welche besonders zu vermerken sind:

1. Die Einbeziehung von ca. sieben Millionen Landarbeiter, Heimarbeiter usw. in die Krankenversicherung.
2. Die Mehrleistungen, die die Reichsversicherungsordnung bringt, werden auf einen Betrag von 150—200 Millionen Mark geschätzt. Damit erreichen die jährlichen Leistungen der deutschen Arbeiterversicherung in einigen Jahren rund eine Milliarde oder täglich rund drei Millionen Mark.
3. Es wurde die Witwen- und Waisenversicherung für 15 Millionen Personen neu eingeführt. Die Renten sind einstweilen zwar noch knapp bemessen, aber auch dieser Versicherungszweig wird im Laufe der Jahre ebenfalls seinen Ausbau erfahren, wie dieses bei den übrigen Versicherungszweigen der Fall war.
4. Erhöhung der Invalidenrenten durch Einführung der Kinderrenten für solche Invaliden, die Kinder unter 15 Jahren zu ernähren haben.

Der Sozialdemokratie stand ihrem Verhalten zufolge die seitherige sozialdemokratische Sinekurenwirtschaft in den Krankenkassen höher, als die Wohlthat, die den Vermitteln der Armen, den Heimarbeitern und Landarbeitern, aus der Reichsversicherungsordnung erwachsen.

Die Versammlung verurteilt diese Haltung der Sozialdemokratie auf das entschiedenste; sie spricht ihnen im Reichstage tätigen Kollegen für ihr Verhalten bei Schaffung der Reichsversicherungsordnung herzlichsten Dank und volles Vertrauen aus.

Neuer Krach im „roten“ Gewerkschaftslager.

Die Maler, Lackierer und Anstreicher Leipzigs nahmen in einer Versammlung Stellung zu der kürzlich abgehaltenen Generalversammlung des Zentralverbandes der Maler, Lackierer usw. Deutschlands und zu dem Verhalten des Zentralverbandes dieses Verbandes. Die Aussprache, die sich an den Bericht über die Generalversammlung angeschlossen, gestaltete sich äußerst lebhaft. Namentlich kam es zu schweren Vorwürfen gegen die Verbandsbeamten, denen vorgeworfen wurde, daß sie die Rechte der Mitglieder nicht achteten. In einer zur Annahme gelangten Resolution bedauerten die

Verfammelten aufs lebhafteste, daß die das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder fordernden Anträge der Leipziger Verbandsangehörigen infolge der Einwirkung des Hauptvorstandes von der Generalversammlung abgelehnt worden seien. Die Verfammelten erachteten es, wie sie weiter in der Resolution zum Ausdruck brachten, unter ihrer Würde, noch länger einem Verbandsanliegen anzugehören, in dem die Rechte der Mitglieder verweigert würden. Sie beschloßen daher, von jetzt an keine Beiträge mehr an die Hauptkassette abzuführen und sofort einen provisorischen Vorstand einzusetzen, der die Grundlagen zu einem neuen Zentralverbande einleiten soll, in dem den Mitgliedern ihre vollen Rechte garantiert würden. Die Verfammelten verpflichteten sich, mit allem Nachdruck für diesen neuen Verband zu wirken.

Es kommt wohl nicht von ungefähr, daß gerade Leipzig der Ort dieser Kratelerie ist. In Leipzig herrscht die radikale Sozialdemokratie, die „Leipziger Volkszeitung“, die stets einen geheimen und offenen Krieg gegen die „versimpelten Gewerkschaftsbeamten“, die „Kassennemler“ und jeden vernünftigen gewerkschaftlichen Sinn geführt hat. Jetzt sieht auch der „freie“ Malerverband die Früchte dieser „Arbeit“ reifen, wie sie andere Verbände schon eher reifen sahen. Partei und Gewerkschaft ist aber eins!

„Nur ein Wagenpuzer!“ Der Rechtsvertreter der Münchener Sozialdemokraten ist Herr Dr. Bernheim, der selbstverständlich auch auf die zukunftsstaatlichen Grundzüge schwört und sich nicht wenig darauf einbildet. Bei einem Preß-Belästigungsprozeß, den ein christlicher Eisenbahnarbeiter gegen den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Hofhauer angestrengt hatte, fiel Dr. Bernheim aber aus der Rolle; er glaubte nämlich seinen Klienten mit der Äußerung entlasten zu können, es handele sich doch nur um einen Wagenpuzer-Verdacht und nicht um die Ehre eines Geheimrats.

Dem bayerischen „Eisenbahner“, der diesen sonderbaren Ehrebegriff eines sozialistischen Rechtskundigen festnagelte und gebührend brandmarkte, schickte Dr. Bernheim eine Berichtigung, worin er es als unwar bezeichnen, diese Äußerung getan zu haben. Der „Eisenbahner“ hält die Sache aber aufrecht und frischt das Gedächtnis des Herrn Dr. Bernheim etwas auf, der die maßlos schweren Belästigungen des christlichen Arbeiters in seinem Plaidoyer als eine Bagatelisache hingestellt habe:

„Wenn Herr Dr. Bernheim nicht sehr geringschäßig gefast hätte, es handelt sich doch nur um einen Wagenpuzer, wie käme dann Rechtsanwalt Kumpf (der Verteidiger des Klägers) zu einer längeren Erwiderung gegenüber diesem Ausspruch, um die Ehre des Wagenpuzers zu verteidigen? Ferner zur Konstatierung, daß es ihn wundere, daß von einer Seite, von der er es nie erwartet hätte, gesagt wird: Es war ja nur ein Wagenpuzer! Hierauf belam Dr. Bernheim nochmals zu einer Erwiderung das Wort. Aber er hat auch da nicht gesagt, daß es von ihm eine Entgleisung sei, sondern im Gegenteil, seine vorhergehenden Ausführungen noch unterstrichen. Er wollte mit seiner „vieljährigen“ Bemerkung die Anschauung über die Ehre eines Wagenpuzers auf das vernünftige Maß zurückführen, weil es sich ja doch nicht um einen Geheimrat handelt. Das der wirkliche Sachverhalt.“

Auf diesen „Kassennemler“ Rechtsvertreter dürfen die Münchener Sozi wirklich stolz sein.

Aus unserer Industrie.

Deutschlands Ausfuhr von Textilwaren.

Der Aufschwung, den der Absatz deutscher Textilwaren am Weltmarkt im vergangenen Jahre erfahren hatte, setzt sich in etwas schwächerem Grade auch im laufenden Jahre noch fort. An Garnen und Geweben wurden in den Monaten Januar bis April d. J. 504.250,51 D.-Ztr. ausgeführt gegen 484.817,19 D.-Ztr. in der Vergleichszeit 1910. Auf Garne und auf Gewebe verteilt sich die Ausfuhr in der angegebenen Zeit in Doppelzentnern, wie folgt:

	1909	1910	1911
Garne	112.798	122.702	132.012
Gewebe	320.223,84	362.115,19	372.238,51

Den relativ größeren Anteil an dem Aufschwung hat die Garnausfuhr, aber auch für Gewebe ergibt sich eine ansehnliche Exportsteigerung. Bemerkenswert ist, daß die Garnausfuhr schon im Jahre 1908 einen Rückschlag erfuhr, während die Ausfuhr von Geweben erst im Jahre 1909 den Einfluß der Weltmarktlage zeigte. Gegenüber dem Vorjahre weist die Ausfuhr von Garnen im laufenden Jahre eine Zunahme von 7% auf, die Gewebenausfuhr ist nur um 3% größer als damals. Bei der Ausfuhr von Garnen ragen Wollgarne mit einer kräftigen Steigerung hervor. Die Ausfuhr, die in den ersten vier Monaten 1909 bis auf 29.829 D.-Ztr. zurückgegangen war, war im vorigen Jahre erst auf 32.162 D.-Ztr. gestiegen, um im laufenden Jahre auf 43.194 D.-Ztr. hinaufzugehen. Die Ausfuhrzunahme, gegenüber dem Vorjahre beläuft sich auf 11.032 D.-Ztr. oder auf 34%. Bei Baumwollgarnen war die Steigerung nur gering; es wurden in den Monaten bis April d. J. 34.771 D.-Ztr. ausgeführt gegen 32.254 D.-Ztr. im vorigen Jahre. Einmal stärker als vergangenes Jahr war nur noch der Export von Seidenzwirnen und Seidengepinkten, der von 1903 D.-Ztr. in den ersten vier Monaten 1910 auf 2052 D.-Ztr. im laufenden Jahre

hinaufging. Die Ausfuhr von Feinengarn ist dagegen stark hinter der vorjährigen zurückgeblieben; sie sank von 3934 auf 2998 D.-Ztr. In anderem Garn wurden ebenfalls nur 28.999 D.-Ztr. exportiert gegen 32.422 D.-Ztr. in der Vergleichszeit 1910. Bei der Warenausfuhr der einzelnen Zweige der Textilindustrie ergibt sich für die ersten vier Monate folgendes Bild. Die Gewebenausfuhr betrug in Doppelzentnern:

	1909	1910	1911
Baumwollwaren	161.122	183.283	194.428
Wollwaren	92.103	101.797	103.987
Seidenwaren	28.779,31	34.378,95	35.016,87
Seinen- u. s. w. Waren	37.219,53	42.656,24	38.806,64

Danach hat die Baumwollindustrie in der Gewebenausfuhr günstiger abgeschnitten als die Wollindustrie, denn während die Ausfuhr von Baumwollwaren sich von 1909 auf 1911 um reichlich 20% erhöht hat, ist die Ausfuhr von Wollwaren in der gleichen Zeit nur um knapp 13% hinaufgegangen. Bei Seidenwaren hat das vergangene Jahr die Hauptsteigerung gebracht, die Ausfuhr von Seiden- u. s. w. Waren ist überhaupt hinter der vorjährigen zurückgeblieben. Den Hauptanteil an der Zunahme der Baumwollwarenausfuhr haben im laufenden Jahre gefärbte, bedruckte und buntgewebte Gewebe. Es wurden 58.217 D.-Ztr. exportiert, im Vorjahre waren es nur 78.246 D.-Ztr. und vor zwei Jahren waren es 65.499 D.-Ztr. Die diesjährige Ausfuhr hatte einen Wert von 41 Millionen Mark, die vorjährige einen solchen von 25,65 Mill. und die Ausfuhr vom Jahre 1909 wertete 24,37 Mill. M. Bezeichnend ist, wieviel stärker die Steigerung des Wertes als die der Menge war: ersterer ging von 1909 auf 1911 um nahezu 70% in die Höhe, letztere nahm nur um 33% zu. Die Ausfuhr hat vornehmlich nach Großbritannien und Brasilien kräftig zugenommen. Sehr ansehnlich ist noch die Ausfuhr von baumwollenen Unterkleidern gestiegen; Strümpfe und Handschuhe dagegen wurden in geringeren Mengen exportiert. Beim Export von Wollwaren ragen Wolle (Kleiderstoffe, Delprestücker u. s. w.) mit einer ansehnlichen Zunahme hervor: die Ausfuhr dieser Gewebe hat sich von 73.340 D.-Ztr. in den Monaten Januar bis April 1909 auf 80.738 D.-Ztr. im Jahre 1910 und auf 82.082 D.-Ztr. im laufenden Jahre erhöht.

Eine Refordernte in Baumwolle?

Wie gemeldet wird, steht im Gegensatz zu den beiden letzten Jahren jetzt in der nordamerikanischen Union ein Refordertrag an Baumwolle zu erwarten. Denn bei einer Vergrößerung der Anbaufläche um 4% weist der allgemeine Durchschnittsstand eine Verbesserung gegen das Vorjahr um 5,8% auf. Die Begutachtungsziffer von 87,8% ist die zweithöchste, die seit dem Jahre 1900 am 1. Juni erteilt wurde; sie ist in dieser Zeit nur einmal (im Jahre 1902 bei 5,1%) übertroffen worden. Ein Vergleich mit den Vorjahren ergibt nach einer Zusammenstellung des „Berliner Tageblattes“ folgendes Bild in Prozent:

	1. Juni	1. Juli	1. Aug.	1. Sept.	1. Okt.	Durchschnitt
1911	87,8	—	—	—	—	—
1910	82,0	80,7	75,5	72,1	65,9	75,2
1909	81,1	74,6	71,9	63,7	58,5	69,9
1908	79,7	81,2	83,0	76,1	60,7	77,9
1907	70,5	72,0	75,0	72,7	67,7	71,6
1906	84,6	83,3	82,9	77,3	71,6	79,9
1905	77,2	77,0	74,9	72,1	72,1	75,0
1904	83,0	83,0	91,6	84,1	75,8	84,5
1903	74,1	77,1	79,7	81,2	65,1	75,5
1902	95,1	84,7	81,9	64,0	58,3	76,8
1901	81,5	81,1	77,2	71,4	61,4	74,5
1900	82,5	75,8	76,0	68,2	67,0	73,8

Verteilt auf die einzelnen Staaten der Union repräsentieren sich die Begutachtungsziffern wie folgt:

Staaten	1911	1910	1909	1908	1907
North Carolina	83	84	83	87	80
South Carolina	80	78	83	81	77
Georgia	92	81	84	80	74
Florida	95	80	91	82	80
Alabama	91	83	83	78	65
Mississippi	86	82	78	80	65
Louisiana	91	76	74	80	64
Texas	88	83	78	77	70
Arkansas	87	81	84	85	65
Kentucky	83	86	85	84	63
Oklahoma	87	84	84	80	—
Kentucky	86	87	93	86	65
Virginia	93	90	85	88	80
California	95	90	—	—	—
Allgem. Durchschnitt	87,8	82	81,1	79,7	70,5

Verglichen mit dem Vorjahre weisen die meisten Staaten höhere Ziffern auf; in Texas, dem wichtigsten Baumwollgebiet, beträgt die Verbesserung 5%. Zu berücksichtigen ist hierbei noch, daß die vorjährigen Reiziffern keineswegs ungünstig lauteten, daß die Verschlechterung des Saatensandes im Jahre 1910 vielmehr erst in der Zeit vom August ab einsetzte. Die Anbaufläche wird auf 35.004.000 Acres angegeben gegenüber 33.196.000 im Vorjahre. Diese Zahl stellt die höchste Anbaufläche von Baumwolle dar, die bisher in der Union konstatiert wurde. Unter Zugrundelegung dieses Anbauareals und unter Berücksichtigung der hohen Begutachtungsziffer wird die zu erwartende Ernte auf 14 Mill. Ballen geschätzt. Ein Vergleich der Ernten und Anbauflächen in früheren Jahren ergibt folgendes:

	Ernte	Anbaufläche
1911 (Schätzung)	14. — Mill. Ballen	35.004.000 Acres
1910	12. — „ „	33.196.000 „
1909	10,65 „ „	30.938.000 „
1908	13,82 „ „	32.444.000 „
1907	11,58 „ „	31.311.000 „
1906	13,55 „ „	31.374.000 „
1905	11,32 „ „	26.117.153 „
1904	13,55 „ „	30.053.739 „

Zum größten Teil dürfte die starke Vermehrung der Anbaufläche auf die Rekordpreise zurückzuführen sein, die jetzt am Baumwollmarkt zu erzielen sind. Der gegenwärtige Baumwollpreis in Bremen von circa 80 Pf. ist einer der höchsten Preise, die je erzielt wurden. Er steht um circa 34 Pf. höher als im Jahre 1908. Die höchsten und niedrigsten Preise von Baumwolle waren in den letzten Jahren:

	höchster	niedrigster
1907	69 Pf.	59 Pf.
1908	62 „	47 „
1909	70 „	46 „
1910	80 „	74 „
1911 bis jetzt	79 1/4 „	73 „

Diese hohen Baumwollpreise sind lediglich auf die gegenwärtig geringen Vorräte zurückzuführen; denn die sichtbaren Bestände an nordamerikanischer Baumwolle betragen jetzt 1,87 Mill. Ballen gegen 1,91 resp. 2,98 Mill. Ballen in der gleichen Zeit der beiden Vorjahre. Sollte nun die Ernte dieses Jahres tatsächlich so groß ausfallen, wie nach obigem Bericht in Aussicht steht — genaues hierüber läßt sich erst im September sagen —, so ist mit einem Nachlassen der Preise von Rohbaumwolle zu rechnen.

Daß hiermit auch ein Rückgang der Fabrikpreise verbunden ist, wird in Fachkreisen bezweifelt, da das Mißverhältnis zwischen dem Färlat- und Rohstoffpreise zu groß ist. Nach Ansicht der Fabrikanten müßte erst ein ganz beträchtlicher Rückgang der Rohstoffpreise eintreten, ehe überhaupt an eine Ermäßigung der Notierungen für Gespinste und Gewebe gedacht werden könnte. Allerdings werden sich um Erwägungen dieser Art die Käufer wenig kümmern; sie werden vielmehr bei Anhalten der günstigen Ernteausichten mit Käufen so lange als möglich zurückhalten.

Eine im Sterben liegende Industrie

Ist, so wird aus Greiz im Vogtlande geklagt, die früher bei uns in hoher Blüte stehende Druckindustrie. Sie hat im Laufe des letzten Vierteljahrhunderts immer mehr an ihrer früheren Bedeutung verloren und streift zurzeit nur noch ein kaum haltbares Dasein. Die Ursache zu dieser Erscheinung könnte leicht in der veränderten Geschmacksrichtung bei der Ausstattung textiler Erzeugnisse gesucht werden, steigt aber auch auf einem anderen Gebiete des geschäftlichen Lebens und ist vorzugsweise in der großen Preisunterbietung zu suchen, der unsere Druckwarenfabrikanten nicht zu folgen vermögen, weil sie durch die Konkurrenz aus solchen Ländern erwächst, in welchen die Beschäftigung von Kindern in der Druckindustrie unbeschränkt zulässig und eine ganz geringe Bewertung der Arbeitsleistung üblich ist. Früher wurde durch das Handdruckverfahren bei uns viel Geld verdient und die Drucker ließen am Ende der Woche die harten Taler nur so springen, machten auch gar bis zum Mittwoch „blau“. Diese Zeit steht bei den alten Greizern heute noch in gutem Andenken. Napoleons angeordnete Kontinental Sperre gegen den Handel Englands bedeutete den Anfang der Blütezeit des heimischen Druckereibetriebes, die einen langen Zeitraum anhielt. Noch bis zu Ende der siebziger Jahre ging das Geschäft in den hiesigen Druckereien leiblich, bis dann die Geschäftslage in einer nach der anderen mehr oder weniger fühlbar wurde, nach und nach sich immer mehr steigerte und am Ende zur Einschränkung der Druckereitätigkeit oder gar zur Einstellung des Betriebes der Mehrzahl unserer Druckfirmen führte.

Aus dem Verbandsgebiete.

Zur Beachtung für die Kassierer!

Bei Einzahlung von Geld an die Zentralkasse muß stets angegeben werden, wofür dasselbe bestimmt ist. Die Geschäftsstelle.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten.

Hof (a. Saale).

In der Teppichfabrik Varenther u. Co. stellen am Mittwoch, den 7. Juni, die im sozialdemokratischen Textilarbeiterverband organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit ein. Der Grund hierzu war folgender: die Firma entließ drei Arbeiterinnen, die angeblich während der Arbeitszeit innerhalb des Betriebes für den sozialdemokratischen Textilarbeiterverband Agitation entfalteten.

Wir würden uns für diesen Kampf nicht interessieren, stellte er nicht eine herrliche Illustration des großen Sieges dar, den der sozialdemokratische Textilarbeiterverband vor kurzer Zeit in Hof errungen haben will. In allen Tonarten priesen die sozialdemokratischen Gewerkschafts- und Parteiblätter den großen Erfolg, der mit der Anerkennung des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes durch den Verband süddeutscher Textilarbeiter errungen wurde. Daß Maßregelungen nicht stattfinden bei Wiederaufnahme der Arbeit, war

ebenfalls eine Bedingung, die eine Verständigung zwischen den kämpfenden erleichterte. So schrieb die „Oberfränkische Volkszeitung“ am 21. Mai und kaum 14 Tage später, da zeigt sich die Anerkennung des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes in einem ganz anderen Lichte.

Die Einführung eines Extrabeitrages in der Ortsgruppe Hof des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes während der Dauer des Kampfes läßt die Vermutung aufkommen, daß der Zentralvorstand des genannten Verbandes die Genehmigung zu diesem Kampf verweigert hat.

Aus unseren Bezirken.

Bezirk Mülhausen i. G.

Unsere diesjährige Bezirkskonferenz hielten wir am 11. Juni in Colmar ab, und zwar deshalb so früh, weil unser Bezirksleiter, Kollege Fischer, Ende des Monats an die Zentrale nach Düsseldorf übersiedelt. Anwesend waren außer den Beamten 19 Delegierte, die 13 Ortsgruppen vertraten. Nicht vertreten waren die Ortsgruppen Hüttenheim und Mehral.

Aus dem Geschäftsbericht, erstattet von dem Bezirksleiter, Kollegen Fischer-Mülhausen, seien folgende Punkte hervorgehoben: Mit dem wenn auch etwas langsamen Aufsteigen der Konjunktur habe sich auch die Lage des Verbandes in unserem Bezirk gebessert. Es wurden im vergangenen Herbst mehrfache Konferenzen abgehalten, um auch gebildete Kreise für unsere christliche Gewerkschaftsbewegung zu interessieren. Das Verhältnis zum sozialdemokratischen Verband ist ein andauernd schlechtes. Der sozialdemokratische Verband hat aus agitatorischen Gründen jedes Zusammengehen unmöglich gemacht. An der Schulung der Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute wurde fleißig gearbeitet. Seit der letzten Bezirkskonferenz haben wir annähernd 300 Mitglieder mehr zu verzeichnen. Im Großen und Ganzen können wir mit unseren Erfolgen zufrieden sein.

Hieran schloß sich eine rege Diskussion, worauf in die Mittagspause eingetreten wurde.

Am Nachmittag referierte Kollege Nöhling-Strasbourg über die Reichsversicherungsordnung, wobei er die markantesten Punkte derselben besonders hervorhob. So die Aenderung inbetreff der Anstellung der Beamten und der Wahl der Vorstehenden. Hier riefte er die Angriffe der gesamten sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftspressen ins richtige Licht. Die Diskussion förderte noch manch Wissenswertes zu Tage.

Kollege Bilger referierte sodann über die „Lage unseres Verbandes und unsere nächsten Aufgaben“. Noch mehr als in unserem Bezirk habe unser Verband im allgemeinen Fortschritte gemacht. Die Mitgliederzunahme belaufe sich auf 46 Prozent. Auch die Massenverhältnisse hätten sich gebessert. Als unsere nächsten Aufgaben bezeichnete der Redner: Fortsetzung der Schulung unserer Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute. Die Drückerbergeret müsse aufhören. Die Kleinagitation soll mehr in den Vordergrund treten. Ebenso sei der Arbeiterinnen- und Jugendagitation eine größere Aufmerksamkeit zu schenken.

Auch hieran schloß sich eine rege Diskussion.

Im Schlußwort nahm Kollege Fischer Abschied von den Delegierten, dankte ihnen für das bisher entgegengebrachte Vertrauen und bat, dasselbe seinen Nachfolgern weiter entgegenbringen zu wollen.

Kollege Wuchner-Hünigen dankte im Namen sämtlicher Anwesenden dem Kollegen Fischer für seine bisherige aufopfernde Tätigkeit im Dienste unseres Bezirks und versprach, auch seinen Nachfolgern volles Vertrauen entgegenzubringen.

Unser Verband im Königreich Sachsen.

Allbekannt dürfte es sein, daß Sachsen das Weberland genannt wird, kann es doch Textilbetriebe von altem Rufe aufweisen, die an Verschiedenartigkeit ihrer Produkte nicht leicht irgendwo wieder zu finden sind. Viele technische Neuerungen und Erfindungen sind aus der sächsischen Textilindustrie hervorgegangen. Die besten Fachschulen unserer Industrie finden sich in diesem Lande; und die Vielseitigkeit und Entfaltung einiger spezieller Textilzeugnisse ist vielleicht diesem Umstande zu verdanken.

Außer Vogtland und Schlessien hat auch die Ober- und Niederlausitz zahlreiche Betriebe aufzuweisen. Dieselben teilen sich bei den letztgenannten Gebieten, Ober- und Niederlausitz, hauptsächlich in die Tuchbranche, in Seiden- und Wollschafabrikation, in Möbel- und Frotteierstoffe, sowie in die Bearbeitung von Baumwolle und Leinen. Diese Aufzählung beweist, welche Stellung die sächsische Textilindustrie, eingerechnet die Spezialgebiete Vogtland und Schlessien, in unserer gesamten Industrie einnimmt.

Inbezug auf die Arbeiterschaft, speziell inbetreff der Arbeiterbewegung, hat nun dieses Land auch seine besondere Stellung, es hat sogar den Namen bekommen: „das rote Sachsen“. Heute allerdings ist diese Bezeichnung nicht mehr so ganz zutreffend, denn es ist im Laufe der letzten Jahre eine merkliche „Abfärbung“ konstatiert worden, und heute machen die sogenannten „Selben“ den sozialdemokratisch organisierten den Rang freitrag, eine möglichst unfruchtbar. Gewerkschaftsarbeit zu leisten. Da ist nicht zu verwundern, daß die Entwicklung Meinungsverschiedenheiten in der Arbeiterschaft aufkommen ließ! Wirkliche gewerkschaftliche Schulung war ja bei weitem nicht die Hauptsache in der „freien“ Organisation gewesen, und deshalb konnte der Bruch umso leichter stattfinden. Andere Gelegenheit, sich zu organisieren, boten wohl die christlichen Gewerkschaften; doch mußten sich diese erst langsam Boden erobern und sich Vertrauen erringen. Heute muß gesagt werden, daß gerade die Textilarbeiter Sachsens, die unserer christlich-nationalen Gewerkschaft angehören, mit

Ueberzeugung und Eifer derselben dienen wollen.

Auch von den Arbeiterinnen ist dies zu sagen; kaum irgendwo sind die nicht sozialistischen Arbeiterinnen der Aufklärung zugänglicher und auch dankbarer, als hier. Im rosigsten Lichte kann man die Arbeiterinnenorganisation im allgemeinen ja nicht malen, aber es steckt doch noch ein guter Kern in den sächsischen Arbeiterinnen. Das weiß auch der Verband der erwerbstätigen Frauen und Mädchen zu schätzen, der namentlich die katholischen Arbeiterinnen in Vereinen sammelt. Daß es durchaus zeitgemäß ist, solche Vereine zu gründen und auszugestalten im Interesse der geistig-sittlichen Hebung der Arbeiterinnenwelt, liegt klar für jeden, der die Gefahren des Erwerbslebens kennt. Daß die wirtschaftlichen Interessen jedoch nicht zugleich von diesen konfessionellen Vereinen vertreten werden können, muß jeder Einsichtige zugeben. Der Verband erwerbstätiger Frauen und Mädchen aber verfolgt auch Ziele, die nicht zu seinem Aufgabengebiet gehören dürften, nachdem für die christlich denkenden Arbeiterinnen jeder Konfession die christlichen Gewerkschaften als wirtschaftliche Interessenvertretung notwendig waren und wirtschaftlich sind. Sollten denn alle diejenigen Textilarbeiterinnen, die nicht der Sozialdemokratie angehören wollen, von einer Verbesserung ihrer Lage ausgeschlossen sein, da sie nicht dem oben genannten Verbands beitreten können und wollen? Wir denken da zunächst an unsere Arbeiterinnen evangelischer Konfession.

Vor diese Frage dürfte sich der Verband der erwerbstätigen Frauen und Mädchen einmal ruhig stellen und dann, der Notwendigkeit und der Wahrheit die Ehre gebend, die Vertretung beruflicher Interessen den hierzu geschaffenen Instanzen überlassen; das ist auch die wohl-erwogene Ansicht solcher Kreise, die, obwohl nicht zur Arbeiterschaft gehörend, das Wohl aller christlich-national Gesinnten im Auge haben. Das haben wir sehr deutlich in Meissen erfahren. Die Versammlungen, die wir besuchten, verteilten sich auf die Orte Schirgiswalde, Leutersdorf, Großschönau, Ostritz, dann noch Zittau; in der Niederlausitz wurde Forst, Spremberg und Sommerfeld besucht. Den Schluß bildete Mittweida. Die Aussprache mit den Arbeiterinnen war im allgemeinen sehr anregend und bezeugte den ernstlichen Willen derselben, daß sie uns in der Agitation zur Seite stehen wollen. In einzelnen Ortsgruppen sind die Kolleginnen schon in hervorragender Weise tätig, was lobend anerkannt werden soll. Die Verhältnisse drängen auch darauf, daß die Arbeiterinnen sich mehr mit gewerkschaftlichen Fragen befassen. Die sittlichen Gefahren sind groß, die Erwerbsmöglichkeit nicht immer die beste; das kommt daher, weil noch mancherorts ohne Tarif gearbeitet wird. Ganz krasse Fälle wurden uns mitgeteilt wegen Ueberstundenarbeit; die sanitären Einrichtungen lassen vielfach zu wünschen übrig.

Daß da die gewerkschaftliche Schulung eine Notwendigkeit ist, wird ohne weiteres klar. Daß Arbeiter und Arbeiterinnen derselben zugänglich sind, hat insbesondere die am 24. Mai in Ostritz abgehaltene Konferenz bewiesen. Wenn in Sachsen mit Klugheit und Ausdauer weitergearbeitet wird, wie bisher, muß es in Zukunft besser bestellt sein mit der Arbeiterschaft; das ist unsere Ueberzeugung.

F. H.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Augsburg. Unsere Ortsgruppe hielt am 11. Juni ihre außerordentliche Generalversammlung ab. Da der bisherige Vorsitzende, Kollege Schilling, wegen Krankheit zurückgetreten ist, mußte zur Neuwahl eines Vorsitzenden geschritten werden. Einstimmig wurde der neue Lokalbeamte für Augsburg, Kollege Rothhörl, als erster Vorsitzender gewählt. Als zweiter Vorsitzender wurde Kollege Jakob Megele gewählt. Bezirksleiter Geier und der Lokalbeamte Rothhörl gaben in kurze Worte, wie wir in Augsburg mit der christlichen Textilarbeiterorganisation noch vorwärts kommen können. Mit größtem Beifall wurden diese Anregungen von den Mitgliedern aufgenommen, und man gab sich gegenseitig das Versprechen, treu zur Sache zu halten, um so noch vorwärts zu kommen. Das Resultat war eine Anzahl Neuaufnahmen. Mögen die Kolleginnen und Kollegen zu jeder Zeit immer so zahlreich, ja noch stärker zur Versammlung kommen wie diesmal, dann wird dies gewiß zum Nutzen unserer Ortsgruppe sowie der Augsburger Textilarbeiter sein.

Erzingen (Waben). Es ist wohl lange her, seit die Kollegen im Lande draußen von uns hier etwas gehört und gelesen haben. Wohl bestand am hiesigen Orte schon früher mal eine Ortsgruppe unseres Verbandes, aber dieselbe ging dann infolge widriger Umstände bald wieder ein. Erst in diesem Frühjahr lebte dieselbe wieder auf. Am 25. März war die Gründungsversammlung im Gasthaus „Zum Hirschen“. Kollege Rümmele vortrug über die Notwendigkeit der Organisation, worauf mit 11 Mitgliedern die Ortsgruppe errichtet werden konnte. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Johann Amann und als zweiter Vorsitzender Kollege Georg Stoll gewählt. Kassierer wurde Kollege Joseph Zimmermann und Schriftführerin die Kollegin Louise Schbach. Das Amt als Vertrauensleute übernahmen der Kollege Gottfried Wühler und Frau Anna Wühler. In der nächstfolgenden Mitgliederversammlung hielt uns Kollege Rümmele wieder einen Vortrag über die Gewerkschaftsbewegung in England und Deutschland. Durch Beitritt einiger weiterer Mitglieder war inzwischen die Ortsgruppe auf 17 Mitglieder angewachsen. Am 21. Mai wurde auf Wunsch einiger Mitglieder ein Ausflug nach Tiefenreim und Albrud, durchs waldromantische Mittel gemacht. Schönes Wetter begleitete uns auf unserem Wege, und so verlief denn auch unser erster Ausflug allerseits befriedigend und jeder denkt, wann wird der nächste sein? Allen Kollegen und Kolleginnen rufen wir nun zu: tragt bei zur Stärkung unserer Ortsgruppe, indem ihr dem Verbands neue Freunde zuführt!

Hof i. Bayern. Die erst kürzlich hier gegründete Ortsgruppe hielt am 24. Mai im Restaurant Steupert eine Versammlung ab, die sich eines guten Besuchs erfreute. Auf der Tagesordnung stand unter anderem ein Vortrag des Kollegen Melcher über das Thema: „Unser Verband im Jahre 1910“, in welchem die verschiedenen Mitgliederbewegungen, Massenverhältnisse, Lohnbewegungen, Kämpfe u. näher be-

sprochen wurden. Dann erläuterte Kollege Melcher den Vorstandsmitgliedern die Handhabung der verschiedenen Formulare. Auch wurden in der Diskussion einige Fragen gestellt, welche von ihm beantwortet wurden. Der Referent ermahnte zum Schluß die Mitglieder, fest für die gute Sache zu arbeiten, tüchtig zu agitieren, damit unsere Ortsgruppe sich immer mehr ausbreite und mit ihr auch der christliche Textilarbeiterverband.

Kaufbeuren. In der am 27. Mai abgehaltenen Monatsversammlung unseres Verbandes hielt Kollege Vogtsmüller einen Vortrag. Das Thema lautete: „Wie sind die christlichen Gewerkschaften entstanden und warum haben gerade sie so viele Feinde?“ Es ist zwar ein altes Thema, aber zu jeder Zeit sehr nützlich und notwendig, und es wäre gut gewesen, wenn unsere Kollegen und Kolleginnen vollständig anwesend gewesen wären. Es wurde von einer Kollegin ein kurzer Bericht erstattet über die am Ostermontag in Augsburg stattgefundene Arbeiterinnenkonferenz. Zum Schluß wurde noch ein Ausflug geplant, welcher an einem passenden Sonntag im Monat Juni oder Juli stattfinden soll. Kollege Gassen schloß sodann die Versammlung, indem er im Namen aller unserer scheidenden Kartellvorstände nochmals den herzlichsten Dank aussprach für alle Mühe und Arbeit, die er mit unserem Verbands hatte.

Biersen. Vor dem hiesigen Schöffengericht kam am 14. Juni eine Privatklage des Kollegen Friedrich Bensch gegen den Redakteur Berken von der sozialdemokratischen „Düsseldorfer Volkszeitung“ zur Verhandlung. Von beiden Seiten waren zusammen etwa 30 Zeugen aufgeboden worden. Am 19. Juli 1910 warf die „Düsseldorfer Volkszeitung“ dem Kollegen Bensch vor, er habe gelegentlich eines Wortwechsels zwischen dem in Diensten des Wirtes Heutgens stehenden Knecht K. und dem Fuhrknecht W. vor der Wirtschaft Heutgens auf der Lindenstraße den W. mit einem Revolver bedroht. Das Blatt sprach von „Revolverpielerereien des christlich-nationalen Gewerkschaftssekretärs Fritz Bensch“, von seinem „Sechskläufigen“, vom „Knackerbums“ des Bensch und nannte ihn ironisch „Friedensstifter“. Als Kollege Bensch eine Berichtigung verlangte, hielt das Blatt in einem zweiten Artikel seinen ersten Bericht vollauf aufrecht und behauptete, Bensch habe den W. ohne Veranlassung zweimal mit seiner Faust zu Boden geschlagen. Am Schluß dieses Artikels hieß es: „Die Sache ist angezeigt und befindet sich in guten Händen und wird demnächst noch die Gelegenheit kommen, die öffentliche Meinung damit zu beschäftigen.“ Der Beklagte Berken erklärte zu Beginn der Verhandlung, der Biersener Berichterstatter der „Düsseldorfer Volkszeitung“ habe bisher zu keinerlei Beanstandungen Anlaß gegeben. Er wolle den Wahrheitsbeweis für den Bericht antreten. Er habe den Bericht aufgenommen, weil es im Interesse der öffentlichen Sicherheit liege, daß derartige Vorkommnisse gebremst werden. Im Laufe der Verhandlung erklärte Bensch, er habe auf seinem Bureau im Hause von Heutgens den Lärm gehört, sei schnell auf die Straße geeilt und dazwischen getreten, um ein Unglück zu verhüten. In den W. von seinem Angriff auf den K. mit einem Sensenbaum abzubringen, habe er dem W. lediglich eine kurze Tabakpfeife vorgehalten, die er zufällig in der Tasche gehabt habe. Nach Vernehmung von einem Duzend Zeugen hielt das Gericht den Sachverhalt für genügend geklärt und schloß die Beweisaufnahme. Nach längerer Ausführungen des Anwalts des Klägers und des Beklagten zog sich das Gericht zur Beratung zurück. Das Urteil lautet: Der Angeklagte Berken wird wegen öffentlicher Beleidigung des Gewerkschaftssekretärs Friedrich Bensch zu 30 M. Geldstrafe oder für je 5 M. einem Tag Gefängnis verurteilt. Dem Privatkläger wird die Befugnis zugesprochen, den erkennenden Teil des Urteils in der Beilage der „Düsseldorfer Volkszeitung“ auf Kosten des Angeklagten zu veröffentlichen. Die Kosten des Verfahrens fallen dem Angeklagten zur Last. Zur Begründung des Urteils führte der Vorsitzende aus, das Schöffengericht habe den Beweis, daß Bensch den W. mit dem Revolver bedroht habe, nicht für erbracht erachtet. Mit voller Bestimmtheit habe kein Zeuge behauptet, daß Bensch einen Revolver gehabt habe. Eine ganze Anzahl Zeugen hätten dagegen die Möglichkeit offen gelassen, daß Bensch eine Tabakpfeife dem W. vorgehalten habe. Selbst für den Fall, daß Bensch einen Revolver in der Hand gehabt habe, sei er zu seinem Vorgehen berechtigt gewesen. Wie durch Zeugen festgestellt sei, tuschelte K. durch die Lindenstraße und rief vor W., K. habe das Pferd in die Seiten-gasse hineinzulocken versucht. Da sei es zum Zusammenstoß gekommen. In Verteidigungsstellung habe K. zunächst mit der Pfeife auf W. eingeschlagen und dann mit dem Sensenstiel ihn abzuhalten gesucht. Dies sei K. nicht gelungen. W. habe ihm den Sensenstiel genommen und habe auf K. einen Schlag ausführen wollen. Dies sei W. nicht gelungen, da Bensch eingetreten sei. Es sei begreiflich, daß Bensch den W. mit einer Handbewegung zurückgeworfen habe. Bensch habe allerdings gesagt: Weg, mußt dich nicht, oder so ähnlich. Wenn der Vorfall, wie ihn die Beweisaufnahme ergeben habe, sich so abgespielt habe, könne keine Rede davon sein, daß Bensch durch seine Handlungsweise sich strafbar gemacht habe oder daß ihm etwas zum Vorwurf gemacht werden könnte. Es sei festzustellen, daß es höchste Zeit war, daß ein Dritter dazukam, weil sonst ein schreckliches Unglück geschehen wäre. Die Möglichkeit sei ausgeschlossen, daß Bensch sich heimlich der Waffe entledigt habe. Eine Zeugin habe den Bensch nicht aus dem Auge gelassen, bis er aus der Tasche, in die er den Gegenstand gesteckt, den er dem W. vorgehalten, eine Tabakpfeife gezogen und gesagt habe, hiermit habe ich den W. bange gemacht. Es könne auch keine Rede davon sein, daß der Angeklagte im übrigen den Wahrheitsbeweis erbracht habe. Auch liege kein Anhaltspunkt vor, daß durch diesen Artikel das persönliche Interesse des Angeklagten hätte gewahrt sein sollen. Das gehe aus dem ganzen Tone hervor, in dem die beiden Artikel gehalten seien. Es hätte genügt, wenn gesagt worden wäre, der Gewerkschaftssekretär Bensch. Die Bezeichnung „christlich-national“ sei nicht nötig gewesen, ebenso wenig die Ausdrücke „Knackerbums“ und „Revolverpielerereien“.

Soziale Rundschau.

Wie hoch steht die Witwen- und Waisenrente. Die neue Witwen- und Waiserversicherung machen die Genossen herzlich schlecht. Gemiß ist die Versicherung spärlich ausgefallen, aber sie bildet immerhin einen Anfang, eine Grundlage, auf der weiter gearbeitet werden kann.

Die Sozialdemokraten reden und schreiben sogar von einer „Veraubung“ der armen Witwen und Waisen. Da rechnen sie aus, daß im Jahre 1912 eine invalide Witwe nur 18 Mark Witwenrente erhält, daß sie aber auf die

feither gegebene Erstattung der Beiträge von durchschnittlich 110 Mark Verzinsung leisten müsse; die Witwenversicherung sei also eine Verraubung der Witwen und keine Versorgung dieser. Tausende im Lande glauben diese Behauptung, die bei der Wahlbewegung eine große Rolle spielen wird; darum seien die tatsächlichen Renten, wie sie am 1. Januar 1912 fällig werden, nach den Lohnklassen mitgeteilt:

Stufe	Witwenrente mit 1, 2, 3, 4, 5 Kindern
I 68,40 M.	102,60 M.
II 71,40 "	107,40 "
III 74,40 "	111,60 "
IV 77,40 "	116,40 "
V 80,40 "	120,60 "

Nach dem Durchschnitt der 1909 verstorbenen Versicherten können auf einen Vater drei Kinder, jedoch die Bezüge der Hinterbliebenen am 1. Januar 1912 durchschnittlich sein werden: 155,40 M., 160,80 M., 165,60 M., 170,40 M., 175,80 M. Diese Renten steigen natürlich im Laufe der Jahre mit der Zahl der geleisteten Beitragswochen. 1891 fingen die Invalidenrenten auch niedriger an.

Aber die Hauptsache ist, daß sie überhaupt einmal anfangen. Die Familie wird also im Durchschnitt schon erheblich im ersten Jahr mehr erhalten, als die einmalige Beitragsleistung beträgt. Diese Renten werden weiter bezahlt. Von einer Verraubung kann man also nur bei trivialer Verdrehung der Tatsachen reden.

Die Arbeitsnachweisstellen in Preußen. Die in Preußen vorhandenen kommunalen oder mit kommunaler Unterstützung betriebenen allgemeinen Arbeitsnachweisstellen haben im Jahre 1910 ihre Tätigkeit wiederum in erfreulicher Weise gesteigert. Es wurden Stellen

im Jahre	angeboten	gesucht	vermittelt
1907	685 450	804 607	488 653
" 1908	608 492	999 153	461 189
" 1909	689 428	1 109 339	542 121
" 1910	841 818	1 168 648	655 623

Mehr als 10 000 Stellen haben im abgelaufenen Jahre vermittelt die 17 Arbeitsnachweisstellen in Berlin (138 389), Frankfurt a. M. (43 995), Düsseldorf (33 207), Bofen (29 868), Köln (23 719), Hannover (23 718), Magdeburg (21 696), unter 20 000 Dortmund, Charlottenburg, Essen, Elberfeld, Wiesbaden, Kiel, Breslau, Schöneberg, Barmen und Kassel; mehr als 5 000 bis 10 000 Stellen die neun Arbeitsnachweise in Erfurt, Bielefeld, Rixdorf, Aachen, Königsberg i. Pr., Flensburg, Brandenburg, Hamm und Duisburg. Während einige kleinere Nachweisstellen eingegangen sind, wurden acht Arbeitsnachweisstellen neugegründet. Die Errichtung besonderer Facharbeitsnachweise für Gast- und Schankwirtschaftsangehörige bei den allgemeinen Arbeitsnachweisstellen hat im letzten Jahre erste Schritte gemacht. Neu errichtet sind solche Facharbeitsnachweise in Aachen, Bochum, Bonn, Köln, Krefeld, Götting, Hagen i. Westf. und Halle a. d. S. Einschließlich der bereits früher gegründeten Facharbeitsnachweise sind nunmehr 20 gemeinnützigen allgemeinen Arbeitsnachweisstellen in Preußen solche Einrichtungen angegliedert. Von den am 1. Januar d. J. nachgewiesenen 265 Arbeitsnachweisstellen sind 160 kommunale Arbeitsnachweise, die übrigen 105 Nachweise werden mit kommunaler Unterstützung betrieben. Zwei Arbeitsnachweisverbände sind im vergangenen Jahre neu errichtet worden, und zwar der Verband niederländischer Arbeitsnachweise in Hannover für das Gebiet der Provinz Hannover und außerdem das Großherzogtum Oldenburg, das Herzogtum Braunschweig und das Fürstentum Schaumburg-Lippe sowie der rheinische Arbeitsnachweisverband in Br. u. für die ganze Rheinprovinz. In diesem Verband ist der bisher in der genannten Provinz bestehende Verband zur Förderung des Arbeitsnachweises im Regierungsbezirk Düsseldorf aufgegangen.

Einschließlich der bereits gegründeten Arbeitsnachweisverbände, und zwar des Zentralvereins für Arbeitsnachweis und Wandererarbeitstätten im Regierungsbezirk Siegen, des Verbandes westfälischer Arbeitsnachweise in Münster, des mitteldeutschen Arbeitsnachweisverbandes in Frankfurt a. M., des Verbandes der Arbeitsnachweise in der Provinz Sachsen zu Magdeburg, des Verbandes norddeutscher Arbeitsnachweise in Kiel und des Verbandes märkischer Arbeitsnachweise in Berlin, der im abgelaufenen Jahre reorganisiert worden ist, sind nunmehr zurzeit in Preußen acht solche Verbände vorhanden. Sie sind sämtlich dem Verbands deutscher Arbeitsnachweise in Berlin angeschlossen.

Inkonsequente Konjunktionsgenossenschaftsdörfer. Der Zweigverband Westfalen des Baderinnungsverbandes Germania ist in Bielefeld zusammengewesen. Die Bäckermeister haben zu den Konjunktionsvereinen folgende Beschlüsse gefaßt:

Die kgl. Staatsregierung wird aufgefordert: 1. die Konjunktionsvereine zu einer gerechten Steuer heranzuziehen, 2. sie mit einer Barenhaussteuer zu belasten und sie 3. mit einer passiven Steuer zu belasten.

Diese Forderungen scheinen ja ein ganz besonders angelegentliches Thema zu haben. Ueber die Filialbetriebe der Großbäckereien, die heute in jeder größeren Stadt bestehen, wird nichts gesagt. Die spielen doch wohl eine große Rolle im Konjunktionsverein. Den Gipfel der Inkonsequenz erklimmt der westfälische Baderinnungsverband aber mit einer Resolution, worin verlangt wird, daß die Gewerkschaften den eingetragenen Konjunktionsvereinen der Bäcker ihre Produkte zu denselben Preisen zu liefern haben wie den Händlern. Falls sich die Bäcker weigern, wollen die Gewerkschaften entsprechende Demonstrationen anlegen. Die Bäcker dürfen also die Konjunktionsvereine ruinieren; aus Selbsthaltungstrieb natürlich. Wenn sich aber Arbeiter Konjunktionsvereine gründen, um sich gegen die Aus-

beutung des Zwischenhandels zu schützen, dann ruft man nach dem Vater Staat, natürlich wieder aus Selbsthaltungstrieb. Diese Handlungsweise nennt man am besten: „Die Bäckermeistermoral mit dem doppelten Boden“ die „Bäckerbäume“ wachsen aber auch nicht in den Himmel.

Werkwohnungen sind keine Wohlfahrtsrichtungen. Diese allbekannte Tatsache wird aufs neue trefflich illustriert, durch das Verhalten der Schichauwerft in Danzig. Die Arbeiter der Schichauwerft sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Werft lehnte die Lohnforderungen, welche niedriger sind als die auf anderen Seeschiffswerften bereits gezahlten, ab. Darauf legten die Arbeiter die Arbeit nieder, und der Rest wurde von der Firma ausgesperrt. In den Werkwohnungen wohnten 184 Streikende bezw. Ausgesperrte. Diese wurden nun seitens der Schichauwerft aufgefordert, zum 1. Mai die Wohnung zu räumen. Die Arbeiter ließen sich jedoch nicht ins Bockshorn jagen und blieben wohnen. Die Firma strengte Klammungsanträge an. Auf Grund richtiger Entscheidung müssen die Arbeiter zum 1. Juni die Wohnung verlassen. Hier wurden schon am 15. Mai herausgesetzt.

Der Racheakt der Schichauwerft ist natürlich vorbeigegangen. Keiner der um ihr Recht kämpfenden Arbeiter ist der Bewegung abtrünnig geworden. Alle sind in anderen Wohnungen untergebracht. Bezeichnend für die Handlungsweise des Werkes ist, daß sie Leute obdachlos zu machen versuchte, die mehr als 20 Jahre in der Werkkolonie gewohnt hatten. Die erstarrte Arbeiterbewegung wird schon Mittel und Wege finden, den Terrorismus zu brechen, welchen die Werksgewaltigen mit ihren „Wohlfahrtsrichtungen“ genannt Werkwohnungen treiben.

Versammlungskalender.

- Amern-St. Georg. 29. Juni, 6 Uhr, bei Ww. Bernhard Clasen, außerordentliche Generalversammlung.
- Barmen. 24. Juni, 8 1/2 Uhr, bei Martin, Parlamentstr. 1. Bürgerwaldniel. 2. Juli, nach dem Hochamte, bei Jakob Küfer, außerordentliche Generalversammlung.
- Gera (Neuß). 1. Juli, 1/29 Uhr, im Lokale „Kronprinz“ Köpplach.
- Greiz. 30. Juni, 8 1/2 Uhr, im Burgkeller.
- Hof. 28. Juni, 1/29 Uhr, bei Steupertz, Alsenbergerstr. 2.
- Kolbemoor. 9. Juli, 3 Uhr, bei Auerbräu, allgemeine Versammlung.
- Neuwert. 24. Juni, 9 Uhr, bei H. Rommerskirchen, Markt.
- Ohrtrup. 29. Juni, 2 Uhr, beim Kassierer G. Wiggers, Vierteljahrsabrechnung der Vertrauensmänner.
- Siechteln. 29. Juni, 10 Uhr, bei Karl Porta, Vorstands- und Fördererversammlung.
- Winnberg. 1. Juli, 1/29 Uhr, bei Wilh. Baues.

Bilanz.

des Konsumvereins „Eintracht“ zu Koeigen e. G. m. b. H. in Liquidation am 31. Dezember 1910.

Aktiva.		Passiva.	
Warenbestand	—	Geschäftsguthaben der Mitglieder	—
Kassenbestand	13,95	Warenschulden	—
Fasentat	—	Reservefonds	132,30
Außenst. Forderungen	213,99	Vermögen	95,64
Summa	227,94	Summa	227,94

Mitgliederbestand am 31. Dez. 1910 : 41.
Zahl der Gesamthafsumme am 31. Dez. 1910 M. 1230,00
Koeigen, 31. Dezember 1910.
Die Liquidatoren: Peter Johnen, Hubert Förster, Alons Kreis.
Der Aufsichtsrat: F. A. Johann Johnen. (M. 4.—)

Betrath. Allgemeiner Konsumverein „Glück auf“ e. G. m. b. H. Donnerstag, den 29. Juni, abends 8 Uhr, im Lokale von Ww. Wilh. Garth, Hoven, Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 3. Quartal. 2. Wahl der Revisoren. 3. Entschädigung für Verwaltung. 4. Mitteilungen.
Der Aufsichtsrat: F. A. Peter Döhmen, Vorsitzender. (M. 1,60)

Sterbe-Tafel.

- Es starben die Verbandsmitglieder:
- Peter von Hedden in Dülken.
 - Luise Meier in Jöllenbeck.
 - Emil Wassmer in Heidenheim.
 - Rosalie Schneider in Neustadt o. S.
 - Franziska Micheler in Günzburg a. D.
 - Albert Hollefeld in Emsdetten.
 - Franz Gier in Verlautenheide.
 - Bernard Kreutz in Aachen.
 - Franz Frantzen in Aachen.
 - Johann Thomann in Oefflingen.
 - Johann Bollesen in Dornbusch.
 - Martin Otten in Kaldenkirchen.
 - Baltasar Neiken in Kettenis.
 - Joseph Kellers in Emsdetten.
 - Joseph Niessen in St. Tönis.
 - Joseph Masson in Schirmeck.
 - Anna Bernard in Neustadt o. S.
- Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Städtebauausstellung und Wohnungsfrage. Von Stadtv. H. Gilling, Arbeitersekretär. Verlag von F. Hoffmann, Bochum. Preis 25 Pfg.

Der Verfasser, der durch seine soziale Tätigkeit als Arbeitersekretär tiefe Einblicke in die Wohnungsnot besonders der arbeitenden Bevölkerung zu tun fortwährend in der Lage ist, behandelt hier im Anschluß an seine Erfahrungen aus dem Besuche der diesjährigen Berliner Städtebauausstellung, den er als Stadtverordneter mit einigen anderen Herren im Auftrage der Bochumer Stadtverwaltung machte, die Wohnungsfrage. Angeregt durch dort ausgestellte Photographien, hat er persönlich Einsicht in besonders charakteristische Arbeiter- und Kleinwohnungen genommen, auf Grund deren er mit Berücksichtigung des Materials, das die Ausstellung bietet, seine praktischen, von gründlicher Sachkenntnis zeugenden Vorschläge macht. Wird hierdurch die Broschüre zunächst für Arbeiter und Sozialpolitiker wertvoll, so muß sie auch hinsichtlich der Darlegungen, die sich auf die ästhetische wie auch die verkehrstechnische Seite der Städtebaufrage beziehen, als sehr anregend und nachdenklicher Erwägung wert bezeichnet werden. Die Denkmäler-Platzfrage, die Friedhofskunst — um nur einige Punkte zu nennen — erfahren eine eingehende und sehr anregende Besprechung, die namentlich auch den Laien wichtige Belehrung und jedem neue Gesichtspunkte bietet. So dürfte das Werkchen nicht nur dem Einzelnen, sondern auch den Gemeinden wichtige Fingerzeige geben.

Durch das katholische Arbeitersekretariat, Bochum, Wilhelmstr., bezogen für Mitglieder der konfessionellen Arbeitervereine und christlichen Gewerkschaften à 15 Pfg., 50 Stück 6,50 M., 100 Stück 12 M.

Spinnen und Zwirnen. Von Geh. Reg.-Rat Dipl.-Ingenieur G. Glafey. 125 S. mit zahlr. Abbildungen und 1 Tafel. (Wissenschaft und Bildung Bd. 94.) Geb. 1.1.—, in Originalleinenband M. 1.25. Verlag von Quelle u. Meyer in Leipzig. 1911.

Das Bändchen bildet gewissermaßen die Fortsetzung des vor kurzem in derselben Sammlung erschienenen und äußerst beifällig aufgenommenen Bändchens des selben Verfassers. Während in diesem die „Rohstoffe der Textilindustrie“ behandelt werden, befaßt sich das vorliegende Bändchen mit der Herstellung der Fadengebilde, der Spinnerei und ihren Erzeugnissen. Nach einer kurzen Einleitung über Garnen und Zwirnen im allgemeinen und einem geschichtlichen Ueberblick über die Entwicklung der wichtigsten Spinnereimaschinen wird uns die Herstellung der Garne aus den einzelnen Rohstoffen vor Augen geführt. Sodann sehen wir, wie die Garne gewirnt werden, wie die von den Spinn- und Zwirnmaschinen gelieferten Garnkörper für die Zwecke der Verarbeitung, der weiteren Bearbeitung und für den Verkauf der Garne und Zwirne durch Spulen und Faseln umgebildet werden, bis sie in geeigneter Weise verpackt zur Versendung kommen. So dürfte es kaum ein besseres Hilfsmittel geben, sich rasch und gründlich über dieses für Deutschlands Wirtschaftsleben so wichtige Gebiet zu unterrichten. Das schmucke Bändchen wird seiner Aufgabe in hervorragendem Maße gerecht.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Abgeordneter Kollege Becker über die Reichsversicherungsordnung. — Frauenarbeit und Frauenorganisation. — Die neue Reichsversicherungsordnung. — Im Münsterlande. — Jenkinson: Eine Reise durch die Vereinigten Staaten Amerikas. — Aus der Arbeiterbewegung: Die politische Bestimmung der christlichen Gewerkschaften. — Liberalismus und christliche Gewerkschaftsbewegung. — Eine nichtsnutzige Verdächtigung. — Die Mundschreiber der Unternehmer. — Wer braucht Schönfärberei? — „Aus der Zeit der gewerkschaftlichen Kinderkrankheiten.“ — Zur Annahme der Reichsversicherungsordnung. — Die Rundgebung der Essener christlich-nationalen Arbeiter. — Neuer Krach im „roten“ Gewerkschaftslager. — „Nur ein Wagenpuzer.“ — Aus unserer Industrie: Deutschlands Ausfuhr von Textilwaren. — Eine Reformente in Baumwolle. — Eine im Sterben liegende Industrie. — Aus dem Verbandsgebiete: Zur Beachtung für die Kassierer! — Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten: Hof (a. Saale). — Aus unseren Bezirken: Bezirk Mülhausen i. G. — Unser Verband im Königreich Sachsen. — Berichte aus den Ortsgruppen: Augsburg. — Erzingen (Baden). — Hof i. Bayern. — Kaufbeuren. — Wiesen. — Soziale Mundschau: Wie hoch steht die Witwen- und Waisenrente. — Die Arbeitsnachweisstellen in Preußen. — Inkonsequente Konjunktionsgenossenschaftsdörfer. — Werkwohnungen sind keine Wohlfahrtsrichtungen. — Versammlungskalender. — Anzeigen. — Sterbetafel. — Literarisches.

Mitglieder, agitiert für den Verband!